

Rüdiger Hachtmann

Zwischen konservativer Beharrung und demokratisch-sozialistischer Utopie. Politische Einstellungen und Organisationsverhalten von Bürgertum, Mittelstand und Proletariat während der Berliner Revolution von 1848

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.812>

Reprint von:

Rüdiger Hachtmann, Zwischen konservativer Beharrung und demokratisch-sozialistischer Utopie. Politische Einstellungen und Organisationsverhalten von Bürgertum, Mittelstand und Proletariat während der Berliner Revolution von 1848,

in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs 14, 1995, S. 101-129

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

Zitationshinweis:

Rüdiger Hachtmann (1995), Zwischen konservativer Beharrung und demokratisch-sozialistischer Utopie. Politische Einstellungen und Organisationsverhalten von Bürgertum, Mittelstand und Proletariat während der Berliner Revolution von 1848, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.812>

Ursprünglich erschienen als Rüdiger Hachtmann, Zwischen konservativer Beharrung und demokratisch-sozialistischer Utopie. Politische Einstellungen und Organisationsverhalten von Bürgertum, Mittelstand und Proletariat während der Berliner Revolution von 1848, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs 14, 1995, S. 101-129

Rüdiger Hachtmann

Zwischen konservativer Beharrung und demokratisch-sozialistischer Utopie

Politische Einstellungen und Organisationsverhalten von Bürgertum,
Mittelstand und Proletariat während der Berliner Revolution von 1848

Berlin, die »geist- und staubreiche Hauptstadt Preußens«, sei, so hat der Schriftsteller Heinrich Bettziech unter seinem Pseudonym »Beta« in einer vor dem Ausbruch der Revolution veröffentlichten Schrift behauptet, moderne Weltstadt und zugleich »ungezogenes Lieblingskind der neueren und neuesten deutschen Cultur und Civilisation«. ¹ »Am Tage, bei liebem ehrlichem Sonnenscheine hat diese Braut der Zukunft einen gar zu erbsenbraunen Teint der Verlebtheit; ihr Kostüm ist schäbig-gentil, hier und da äußerst kostbar und glänzend, aber wenn sie den Fuß hebt, kann man die zerrissenen Sohlen bemerken, und der feine Strumpf könnte auch besser gestopft seyn. Berlin hat zwei Pole, den der Vornehmheit und des Residenz- und Staatsglanzes um das Brandenburger und das Potsdamer Thor herum.« Nach den zahlreicheren »entgegengesetzten Thoren breitet sich der viel umfangreichere Pol des Proletariats, des Verbrechens und der Armuth aus, durchspickt von Industrie und Dampffabrikation«. ²

Polarisierung in arm und reich – die soziale Zusammensetzung der Berliner Bevölkerung um 1848

In der Tat mußte Berlin um 1848 auf jeden Betrachter einen in negativer wie positiver Hinsicht höchst »zukünftigen« Eindruck machen, waren hier doch industrielle Moderne, Reichtum und Elend in unmittelbarer Nachbarschaft angesiedelt, die sozialen Kontraste in der Residenzstadt der Hohenzollern, von Wien abgesehen, weit stärker sichtbar als in jeder anderen deutschen Stadt. Die preußische Hauptstadt gab in den vierziger Jahren eine Vorstellung davon, was anderen Städten bevorstand. Wie sehr Berlin, das 1848 gut 400 000 Einwohner zählte, knapp dreimal so viel wie zu Beginn des Jahrhunderts, in »proletarisch-arm« und »vornehm-reich« zerrissen war, läßt sich nicht zuletzt den trockenen Angaben der zeitgenössischen Statistik zur Sozialstruktur der Bevölkerung, bzw. genauer: der Statistik über die Erwerbstätigen und -fähigen, entnehmen. ³ Danach gehörten lediglich knapp 5 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung Berlins dem *Bürgertum* im weiteren Sinne an und etwa 12 Prozent den *Mittelschichten*, im folgenden auch Kleinbürgertum genannt. Alle anderen Berliner/innen, d.h. fast 85 Prozent der Gesamtbevölkerung der

preußischen Hauptstadt, zählten 1848 zu den sozialen *Unterschichten*, die ich im folgenden auch als Proletariat im *weiteren* Sinne bezeichne. Auf einen Bürger oder Kleinbürger kamen also mindestens fünf Angehörige niederer Sozialschichten. Diese groben Zahlen klingen vor dem Hintergrund auch weiterer zeitgenössischer Schilderungen namentlich des Berliner Pauperismus während des Vormärz plausibel.⁴ Das sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Zuordnung der verschiedenen Bevölkerungsteile bzw. der einzelnen Berufsgruppen zu den genannten drei sozialen Großgruppen eine Reihe theoretischer und methodischer Probleme aufwirft. Da dies nicht zuletzt mit Blick auf die hier anschließend thematisierten politischen Einstellungen der wichtigsten Sozialschichten während des Revolutionsjahres von erheblicher Bedeutung ist, seien die wichtigsten dieser Probleme kurz skizziert.

Sozialökonomisch gesehen befand sich Berlin im Vormärz und während der Revolutionszeit in einer Art Übergangsstadium. Die ständische Gesellschaft befand sich in Berlin seit vielen Jahren in Auflösung. Auf der anderen Seite hatte sich ein moderner Industriekapitalismus erst ansatzweise entfaltet. Auch das, was wir heute als »bürgerliche Gesellschaft« bezeichnen, war noch nicht vollständig ausgebildet. Vor diesem Hintergrund ist die Sozialstruktur der Berliner Bevölkerung empirisch nur schwer zu »fassen«. Da die Schranken der ständischen Gesellschaft weitgehend gefallen waren, existierten sozial abgeschlossene Stände nicht mehr bzw. waren auf kaum identifizierbare Restbestände geschrumpft. Soziale Klassen im modernen Sinne, definiert durch gleiche bzw. ähnliche sozialökonomische Lagen, insbesondere im Grundsatz gemeinsame Positionen auf dem Arbeitsmarkt, hatten sich jedoch noch nicht eindeutig herausgeschält.⁵ Zwischen den drei sozialen Großgruppen waren die Übergänge überdies keineswegs eindeutig markiert, sondern fließend. Die oben genannten Zahlen beschreiben insofern nur grobe Trends. Außerdem zerfielen die drei sozialen Großgruppen wiederum in *Teilschichten*. Das Proletariat war in Berufsgruppen, nach Geschlecht, nach Betriebsformen und -größen sowie nach Entlohnungssystemen in eine Vielzahl von Teilgruppen zerklüftet. Noch weniger Gemeinsamkeiten bestanden zwischen den verschiedenen Schichten des Bürgertums, und zwar in sozialer wie – in dieser sozialen Großgruppe besonders ausgeprägt – in politischer Hinsicht. Da die Binnenstruktur aller drei Großgruppen mit Blick auf die Mentalitäten, Verhaltensmuster und nicht zuletzt für die hier thematisierte Stellung zur Revolution von entscheidender Bedeutung ist, werde ich die Teilschichten im folgenden näher kennzeichnen und zur Orientierung grobe Zahlen über ihren jeweiligen quantitativen Umfang nennen.

Bürgertum und Kleinbürgertum lassen sich jeweils in fünf Schichten gliedern. Zum *Bürgertum* zähle ich erstens das »Wirtschaftsbürgertum«. Diese Schicht umfaßt die größeren Kaufleute, die »Fabrikanten« sowie die Bankiers. Deren Anteil an der Gesamtheit der Berliner Erwerbstätigen lag um 1848 bei 0,6 Prozent. Das prozentuale Gewicht der höheren Staats- und Kommunalbeamten als der zweiten bürgerlichen Teilschicht ist gleichfalls bei 0,6 Prozent anzusetzen. Zahlenmäßig bedeutsamer waren drittens »Bildungsbürgertum« und »freie Berufe«, d.h. vornehmlich Ärzte, Lehrer, Advokaten, Geistliche sowie Journalisten und Literaten, mit 2,2 Prozent. Zum »Bürgertum« zähle ich außerdem reiche Rentiers und Pensionäre mit 0,8 Prozent sowie Studenten und sonstige, in Ausbildung für einen

bürgerlichen Beruf begriffene Personen mit einem Anteil von 0,7 Prozent an der Gesamtheit aller Erwerbsfähigen. Die *Mittelschichten* wiederum gliederten sich erstens in die wohlhabenden Handwerksmeister (mit einem Anteil von 4,0 Prozent an der Gesamtheit der Berliner Erwerbsfähigen), zweitens die mittleren und »kleineren« Kaufleuten (1,5 Prozent), drittens die mittleren und unteren Beamten, einschließlich der sogenannten Privatbeamten, die man heute als Angestellte bezeichnen würde (2,1 Prozent), viertens die Selbständigen des Verkehrsgewerbes (Fuhrleute, Schiffer etc.; 1,5 Prozent) und fünftens die übrigen Rentiers und Pensionäre (3,0 Prozent).

Die *Unterschichten* schließlich setzten sich aus vier großen Sozialgruppen zusammen, nämlich erstens aus den »proletaroiden« *Selbständigen*. Das waren überwiegend handwerkliche Kümmerexistenzen, meist Klein- und Alleinmeister, sowie zu einem geringeren Teil verarmte Kleinhändler. Als proletaroid werden hier diejenigen unter den Handwerksmeistern bezeichnet, die wegen ihrer Armut von der Gewerbesteuer befreit waren. 1848 lag der Anteil dieser Meister bei 77,3 Prozent.⁶ Als »wohlhabende« Meister, von mir den Mittelschichten zugeordnet, gelten für mich dagegen diejenigen 22,7 Prozent, die Gewerbesteuer zahlten. Zu den proletaroiden Händlern wiederum sind Viktualienhändler, Hausierer und verwandte Berufsgruppen zu rechnen. Der Anteil aller proletaroiden Selbständigen an der Gesamtheit der erwerbsfähigen Bevölkerung übertraf mit 13 bis 14 Prozent geringfügig den für die *gesamten* Mittelschichten konstatierten Prozentsatz. Natürlich könnte man proletaroiden und wohlhabenden Selbständigen auch zusammenfassen und geschlossen dem »Kleinbürgertum« subsumieren. Vor allem aus zwei Gründen ist dies jedoch nicht sinnvoll: Zum einen lagen die Einkommen der proletaroiden Selbständigen unter denen der qualifizierten Industriearbeiter und auch vieler Gesellengruppen. Außerdem waren zahlreiche Angehörige der sogenannten Massenhandwerke des Textil- und Bekleidungs-gewerbes, die wiederum die Mehrheit der proletaroiden Handwerksmeister stellten, in ökonomische Abhängigkeit von Großkaufleuten, sogenannten Verlegern, geraten, die ihnen die Rohstoffe zur Verfügung stellten und die handwerklichen Endprodukte verkauften. Faktisch waren sehr viele nominelle Meister also zu Heimarbeitern herabgesunken. Die von mir vorgenommene Zweiteilung in wohlhabende und proletaroiden Meister und Händler läßt sich allerdings allein schon mit Blick auf die Quellen, die meist nicht in dem Maße nach Sozialschichten differenzieren, wie der nachgeborene Historiker sich dies wünscht, im folgenden nicht immer ganz durchhalten. Die zweite und wichtigste Großgruppe der sozialen Unterschichten bildeten die *Gesellen*, die *qualifizierten Fabrikarbeiter* sowie die *Handlungsdiener*. Der Anteil dieser Gruppe, im folgenden auch als Proletariat im *engeren* Sinne bezeichnet, an der Gesamtheit der Erwerbstätigen bzw. -fähigen betrug um 1848 in Berlin 37 bis 38 Prozent. Innerhalb dieser Gruppe besaßen die Handwerks-gesellen mit 21 bis 22 Prozent zahlenmäßig das mit Abstand größte Gewicht; der Anteil der Fabrikarbeiter war mit 10 bis 11 Prozent nur halb so groß. Der Anteil der Handlungsdiener oder – wie man heute sagen würde – kaufmännischen Angestellten an der Gesamtheit der Berliner Erwerbstätigen lag 1848 bei gut 5 Prozent. Auch diese Angaben können freilich nur grobe Richtwerte sein. Die Grenzen zwischen den in Industrie und Handwerk beschäftigten Lohnabhängigen ließen sich nämlich vor allem aus zwei Gründen nicht eindeutig mar-

kieren: Viele Gesellen wechselten vom Handwerksbetrieb in die Fabrik und umgekehrt. Überdies entsprach nur eine Minderheit der von der zeitgenössischen Statistik als »Fabrik« bezeichneten Betriebe dem, was wir heute als Industrieunternehmen bezeichnen würden.⁷ Trotz »Dampffabrikation« und weiterer sichtbarer Industrialisierungsschritte blieb Berlin 1848 stark handwerklich geprägt.⁸ Zahlenmäßig fast genauso stark wie das qualifizierte Proletariat waren drittens die *unqualifizierten* Arbeitskräfte. Ihr Anteil an der Gesamtheit der Berliner Erwerbsbevölkerung war mit insgesamt ungefähr 27 Prozent gleichfalls weit höher als der des Bürgertums und der Mittelschichten zusammengenommen. Zu dieser Personengruppe gehört neben den überwiegend im Tiefbau oder mit Gelegenheitsarbeiten wie Lastentragen beschäftigten Tagelöhnern vor allem das meist weibliche Dienstpersonal.⁹ Die vierte, unterste Gruppe der niederen Sozialschichten, das *Subproletariat* oder – wie es denunziatorisch später häufig hieß – das »Lumpenproletariat«, war nach der offiziellen Statistik für die preußische Hauptstadt mit gut fünf Prozent vergleichsweise klein. Tatsächlich jedoch war das statistisch kaum »faßbare« Subproletariat – Langzeitarbeitslose, Bettler, (professionelle) Prostituierte, »Kriminelle« etc. – zahlenmäßig weit stärker.¹⁰

Die Industrialisierung im engeren Sinne setzte in Berlin etwa zehn bis fünfzehn Jahre vor der Revolution ein. Das ist der *Verteilung der Beschäftigten nach Gewerbezweigen* noch deutlich anzumerken. Seit Mitte der vierziger Jahre gab es zwar in Berlin mit den Firmen A. Borsig und C.A. Egells, die Ende 1848 1020 bzw. 793 Arbeiter beschäftigten, bereits zwei große sowie außerdem sechs mittlere Maschinenbau-Unternehmen.¹¹ Dennoch spielte dieser für die Industrialisierung wichtige Leitsektor innerhalb des gesamtgewerblichen Kontextes auch im Revolutionsjahr nur eine untergeordnete Rolle. Führend blieben in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre traditionelle Gewerbezweige wie die Textil- und die Bekleidungsindustrie; den Berufsgruppen beider Branchen gehörten 26 und 16 Prozent aller von der amtlichen Statistik der preußischen Hauptstadt erfaßten Gesellen und qualifizierten Arbeiter an. In beiden Gewerbezweigen war überdies der Anteil der zu Heimarbeitern abgesunkenen Kleinmeister besonders hoch. Erst danach folgten mit weitem Abstand die Eisen- und Metallgewinnung, der Maschinen- und Werkzeugbau mit zusammen etwa 12 Prozent aller qualifizierten Erwerbstätigen.

Mentalitäten und politische Haltungen der Berliner Bevölkerung wurden in nicht geringem Maße von den *allgemein-wirtschaftlichen* Konstellationen und der konjunkturellen Entwicklung 1846 bis 1848 geprägt: Berlin war, wie die meisten anderen größeren Städte Mitteleuropas, von der Agrarkrise 1846/1847 extrem betroffen. Vor allem im Frühjahr 1847 waren die Mitglieder zahlloser Unterschichtsfamilien chronisch unterernährt; zugleich vervielfachte sich die Zahl der Bettler und Obdachlosen. Am 21. und 22. April 1847 kam es infolgedessen in der preußischen Hauptstadt zu einer Hungerrebellion, die nur durch den massierten Einsatz von Militär niedergeschlagen werden konnte und unter dem Namen »Kartoffelrevolution« in die Geschichte einging. Zwar wurde mit der guten Ernte vom Herbst 1847 das Gespenst des Hungers gebannt. Das Elend in den Unterschichten dauerte jedoch an, da die Agrarkrise von der sich zeitlich anschließenden gewerblichen und Finanzkrise gewissermaßen abgelöst wurde. Besonders groß war die Not der verarmten, häufig hochverschuldeten Handwerksmeister. Neben vielen Wirtschafts-

bürgern, die um ihren Wohlstand fürchteten, waren deshalb namentlich die verarmten Selbständigen besonders anfällig für konservative und restaurative Strömungen, die ihnen Ruhe, Ordnung und wirksamen Schutz vor der preisdrückenden Konkurrenz seitens der nicht-zünftigen »Pfuscher« unter den Handwerkern wie der modernen Industrie versprachen.

Eine soziale Gruppe, die der Berliner Revolution in besonderem Maße ihren Stempel aufdrückte, ist bisher nicht erwähnt worden: die sogenannten *Erdarbeiter*, deren Tätigkeit durch den Staat bzw. die Kommune finanziert wurde. Sie bildeten eine künstliche Sozialschicht, die im Frühjahr 1848 zu zahlenmäßiger Bedeutung anwuchs¹² und im Sommer 1848 gut 8000 Köpfe zählte.¹³ Nach dem Ende der Revolution verschwanden die auf öffentliche Kosten beschäftigten Erwerbslosen recht bald wieder von der Bildfläche, weil die kommunale und staatliche Obrigkeit die Finanzierung weiterer Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen trotz weiterhin hoher Erwerbslosigkeit politisch nicht mehr für notwendig hielt. In ihrer sozialen Zusammensetzung spiegelten die Erdarbeiter – oder auch »Rehberger«, wie sie genannt wurden, weil einige von ihnen die bekannten Rehberge im heutigen Berliner Bezirk Wedding zu planieren hatten – die Mittel- und die Unterschichten wieder, wenn auch mit erheblichen Verzerrungen. Etwa 40 Prozent aller auf städtische Kosten beschäftigten Erdarbeiter waren zuvor als unqualifizierte Arbeitskräfte (Tagelöhner) beschäftigt gewesen, und zwar nach Erhebungen sowohl vom Mai als auch für den Zeitraum von Ende August bis Anfang November 1848. Eine zweite große Gruppe unter den Erdarbeitern zählte mit einem Anteil von 35 Prozent (Mai) bzw. 27 Prozent (Spätsommer/Herbst) »eigentlich« zu den Berufsgruppen des Textil- und Bekleidungsgebietes. Berufen des Metallgewerbes entstammten 3 bzw. 6 Prozent, des Holzgewerbes 6 bzw. 10 Prozent und des Baugewerbes 4 bzw. 7 Prozent aller städtischen Erdarbeiter. Unter ihnen befanden sich im übrigen keineswegs nur ehemalige Lohnabhängige, die aufgrund der Krisen erwerbslos geworden waren. Zahlreiche Meister, vor allem Kleinmeister, aber auch vereinzelt Angehörige bürgerlicher Berufe, z. B. Lehrer, gehörten zu den Rehbergern. Im Gegensatz zu Wien, wo 44,3 Prozent aller im Frühsommer registrierten Notstandsarbeiter weiblichen Geschlechts waren,¹⁴ hatten preußischer Staat und Berliner Magistrat für »freigesetzte« Arbeiterinnen keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vorgesehen, obwohl in der preußischen Hauptstadt die registrierte Arbeitslosigkeit auch unter Frauen recht hoch war.¹⁵

Die jeweiligen sozialökonomischen Lagen beeinflussten im Revolutionsjahr in erheblichem Maße die politischen Einstellungen und das Organisationsverhalten, allerdings meist gebrochen, da Sympathie oder Ablehnung der drei intern wiederum in hohem Maße differenzierten politischen Hauptströmungen Demokratie, Liberalismus und Konservatismus auch von weiteren Faktoren wie z. B. dem Alter und – mit Blick auf das Individuum – natürlich auch von persönlichen Bekanntschaften und anderen, eher zufälligen Einflüssen bestimmt wurden. Vorweggeschickt sei außerdem, daß über die in den verschiedenen Sozialschichten bestehenden politischen und sozialen Einstellungen und Verhaltensmuster nur summarische Feststellungen möglich sind. Skizziert werden im folgenden Trends; Ausnahmen von der Regel sind immer möglich.

Die politischen Haltungen der verschiedenen *bürgerlichen* Schichten und deren

jeweilige Einstellungen zur Märzrevolution und den sogenannten Märzerrungenschaften lassen sich vor allem an zwei Indikatoren ablesen: erstens an der sozialen Zusammensetzung der führenden bzw. Vorstandsmitglieder der politischen Klubs. Listen über die vermutlich stark fluktuierenden Gesamtmitgliedschaften der Vereine liegen mit Ausnahme des konservativen Preußenvereins sowie des anfangs rechtsliberalen, später gleichfalls konservativen Patriotischen Vereins nicht vor. Für die demokratischen Vereine und den Konstitutionellen Klub als die einzige liberale Vereinigung Berlins sind präzisere Angaben zur Schichtzugehörigkeit nur für die Gründungs- und Vorstandsmitglieder möglich. Aufschluß auch über das politische Selbstverständnis der einzelnen Sozialschichten geben zweitens die verschiedenen, berufsbezogenen Reformbewegungen und Standesorganisationen, und hier wiederum die Forderungen, die diese städtischen oder staatlichen Adressaten vortrugen. Ein dritter, allerdings nicht ganz so aussagekräftiger Indikator für politische Einstellungen und Verhaltensmuster der verschiedenen Sozialschichten, die Bürgerwehr, wird gleichfalls in den Blick zu nehmen sein.

Die politischen Klubs

a . . . mehr bürgerliche Honoratiorenvereinigung als moderne Massenpartei – die konservativen und liberalen Vereine

In den *konservativen* Vereinen dominierte die gehobene Beamtenschaft. Relativ hoch war außerdem der Anteil des Wirtschaftsbürgertums, also mittlerer und größerer Unternehmer, Kaufleute und Bankiers, sowie der des wohlhabenden Kleinbürgertums und der der Offiziere. Angehörige des Bildungsbürgertums spielten demgegenüber eine eher untergeordnete Rolle. Allerdings besaßen die beiden wichtigsten konservativen Vereine unterschiedliche soziale Schwerpunkte. Beim Patriotischen Verein, einer rechten Abspaltung des liberalen Konstitutionellen Klubs, gaben am Ende des Revolutionsjahres, und wohl auch schon vorher, Staats- und Kommunalbeamte den Ton an; sie stellten 40,9 Prozent sämtlicher Mitglieder dieser Vereinigung. Der Anteil der Bildungsbürger an der Gesamtmitgliedschaft des Patriotischen Vereins war mit 25,9 Prozent gleichfalls beträchtlich. Fabrikanten, Bankiers und Kaufleute spielten mit 10,6 Prozent im Patriotischen Verein eine vergleichsweise geringe Rolle; Handwerksmeister fielen mit 1,5 Prozent noch weit weniger ins Gewicht. Zwar war auch der »Preußen-Verein für konstitutionelles Königthum« bürgerlich geprägt, aber doch mit deutlich mittelständischen Einsprengseln: In diesem Verein waren im Juli 1848 die Handwerksmeister mit 22,2 Prozent die zahlenmäßig bedeutsamste Sozialschicht. Ihnen folgten, im Vergleich zum Patriotischen Verein in fast umgekehrter Reihenfolge, die drei bürgerlichen Schichten, nämlich die Fabrikanten, Bankiers und Kaufleute mit 16,1 Prozent, die Staats- und Kommunalbeamten mit 15,3 Prozent sowie die Bildungsbürger mit 10,5 Prozent. In beiden Vereinen besaßen außerdem Militärs, d. h. vor allem Offiziere, mit 16,7 bzw. 9,6 Prozent statistisch und wohl auch politisch ein erhebliches Gewicht, im Preußenverein außerdem die Gutsbesitzer, die hier 12,4 Prozent sämtlicher Mitglieder stellten. Auf die Unterschichten übten beide Vereine keine nennenswerte Anziehungskraft aus: Der Anteil der Gesellen

und sonstigen Lohnabhängigen an der Gesamtmitgliedschaft lag im Preußenverein bei 2,4 Prozent; dem Patriotischen Verein gelang es nicht, auch nur einen einzigen – identifizierbaren – Unterschichtsangehörigen in seinen Reihen zu organisieren.¹⁶ Eine echte Massenorganisation war keiner der beiden Vereine: Der Patriotische Verein zählte im Dezember 1848 66, der Preußenverein im Frühsommer nominell 241 Mitglieder. In letzterem Verein wurden allerdings auch Gäste mitgezählt; manche der von demokratischer Seite im Juli der Berliner Öffentlichkeit bekanntgemachten Mitglieder des Preußenvereins ließen diese Mitgliedschaft in der Presse sogar öffentlich dementieren.

Obwohl der *liberale* Konstitutionelle Klub mit anfangs fünf- bis sechshundert Mitgliedern deutlich größer als die beiden genannten Vereine war, besaß auch er mehr den Charakter einer Honoratiorenvereinigung als den einer modernen Massenpartei. Ganz offensichtlich waren »Prominenz« und »Überschaubarkeit« in personeller wie räumlicher Hinsicht Organisationskriterien, die bürgerlichem Politikverständnis auch 1848 entgegenkamen. Im Sommer gingen die Mitgliederzahlen des die politische Mitte markierenden Konstitutionellen Klubs unter dem Druck der von Anbeginn mächtigen demokratischen Bewegung und der seit Frühsommer sichtlich wachsenden konservativen Strömungen dann deutlich zurück. In ihrer sozialen Zusammensetzung unterschieden sich Vorstand sowie führende Mitglieder und wahrscheinlich auch die »einfache« Mitgliedschaft dieser liberalen Organisation nicht wesentlich von der der konservativen Vereine, wenn man davon absieht, daß im Konstitutionellen Klub weder Offiziere noch Gutsbesitzer und Adlige eine Rolle spielten. Letztere besaßen dagegen im dritten konservativen Verein, dem »Verein für König und Vaterland«, der in Berlin allerdings lediglich eine untergeordnete Rolle spielte, statistisch wie politisch noch ein weit größeres Gewicht als im Preußenverein.

b . . . politische Heimat der »ärmeren Classen« und Forum einer rebellischen Jugend – die demokratischen Vereine

Dominierten in den konservativen und liberalen Vereinen gehobene Beamtenschaft und Wirtschaftsbürgertum, so spielten in allen demokratischen Vereinen Angehörige des Bildungsbürgertums die führende Rolle, genauer: eine Art akademisches Proletariat, nämlich stellungslose oder nur kurzzeitig beschäftigte, materiell schlecht gestellte Journalisten, »Privatgelehrte« und »Schriftsteller« (so häufige Selbstbezeichnungen). Verfehlt wäre es freilich, deshalb die demokratischen Vereine pauschal zu »bürgerlichen« Vereinen zu erklären. Mit Blick auf die soziale Zusammensetzung der Berliner Demokraten muß vielmehr in Führung und Basis unterschieden werden. Während die Führung »bildungsbürgerlich« im skizzierten Sinne war, besaß die Basis einen stark proletarischen Charakter. Erstaunt und erschrocken wurde in der bürgerlichen Presse wiederholt konstatiert, »die Arbeiter« – gemeint waren damit vor allem Gesellen und qualifizierte Industriearbeiter – besuchten »zu hunderten« die Sitzungen namentlich des besonders radikalen Demokratischen Klubs. Der Berliner Polizeipräsident bestätigte dies, als er dem preußischen Innenminister am 27. Oktober 1848 berichtete, die demokra-

tischen Vereine hätten »einen ebenso großen wie nachtheiligen Einfluß auf die niedern Schichten der Gesellschaft bis jetzt ausgeübt«. ¹⁷ In dem Maße indessen, wie der Demokratische Klub in den proletarischen Schichten an Resonanz gewann, geriet er in bürgerlichen Kreisen nicht nur finanziell, sondern auch politisch »in Mißcredit«. Die »Locale« in den gutbürgerlichen Stadtteilen Berlins, in denen der Demokratische Klub im Frühjahr und Frühsommer getagt hatte, wurden ihm seit Anfang Juli »von den Eigenthümern verwehrt«, so daß er seine Sitzungen in das »Voigtland« als das damals berüchtigtste Armenviertel der preußischen Hauptstadt und dort wiederum in das »Vergnügungslocal Eldorado« verlegen mußte, wo er, wie der Polizeipräsident bereits im Hochsommer besorgt anmerkte, »freilich Gelegenheit hat, die in jener Gegend zahlreich wohnenden ärmeren Classen um sich zu sammeln«. ¹⁸

Der Blick in die Klubs zeigt jene politische Spaltung entlang sozialer Differenzierungslinien, die das Geschehen in der preußischen Hauptstadt in der Revolutionszeit auch sonst entscheidend prägte. Die große Mehrheit des Bürgertums und ebenso des Kleinbürgertums im oben definierten Sinne stand der Revolution zunächst distanziert, später offen ablehnend gegenüber. Gesellen, Arbeiter und proletarische Kleinmeister hatten dagegen die überwältigende Mehrheit der Barrikadenkämpfer des 18. März 1848 gestellt. Von den während der Kämpfe gefallenen, verletzten und vom Militär gefangengenommenen Barrikadenkämpfern gehörten mehr als 85 Prozent den Unterschichten an. Unter ihnen wiederum waren die Gesellen, einschließlich der Lehrlinge, stark überrepräsentiert: Sie stellten, bei einem Anteil von gut 20 Prozent an der Gesamtheit der Erwerbsfähigen Berlins, knapp die Hälfte der »Märzkämpfer«. Demgegenüber waren das Bürgertum mit knapp 3 Prozent und die Mittelschichten mit knapp 10 Prozent unter den biographisch faßbaren, etwa 850 »Märzkämpfern« unterrepräsentiert. ¹⁹ Gesellen, Fabrikarbeiter, Tagelöhner, Erdarbeiter und Erwerbslose bildeten darüber hinaus die »Masse« der vor allem in den ersten Revolutionsmonaten häufig mehrere zehntausend Köpfe zählenden demokratischen Demonstrationen und Volksversammlungen. Sie suchten Mitte Juni 1848 mit dem Sturm auf das Berliner Zeughaus die vom König Ende März versprochene Volksbewaffnung auf eigene Faust ins Werk zu setzen und begannen sich im November 1848 zu erheblichen Teilen auf eine erneute blutige Auseinandersetzung mit dem Militär vorzubereiten, zu der es dann allerdings nicht kam, weil die Preußische Nationalversammlung und mit ihr die bürgerliche Führung der demokratischen Bewegung Berlins zu »passivem Widerstand«, im Volksmund: »aktiver Feigheit«, aufrief.

Die Entscheidung für oder gegen eine der politischen Strömungen war allerdings nicht nur abhängig von der Schichtzugehörigkeit, sondern auch vom *Alter*. ²⁰ Die in den konservativen und liberalen Vereinen engagierten Bürger waren deutlich älter als die in den demokratischen Vereinen aktiven Bürger. Für die Mitglieder der Vorstände, für die sich Altersangaben recherchieren ließen, gilt folgendes: Je »linker« ein Verein, desto jünger die Mitglieder. Das Durchschnittsalter der führenden Mitglieder der demokratischen Vereine lag bei etwa 30 Jahren, das der Führungsmitglieder des Konstitutionellen Klubs bei circa 37 Jahren und das der Gründungs- und Vorstandsmitglieder der konservativen Vereine bei gut 45 Jahren.

Die gleiche Tendenz galt übrigens auch innerhalb des breiten Spektrums der

demokratischen Bewegung: Im zahlenmäßig stärksten und zugleich radikalsten Verein, dem Demokratischen Klub, lag das Durchschnittsalter der Führungsglieder bei knapp 28 Jahren, in den drei wichtigsten gemäßigt-demokratischen Organisationen, dem Volksklub, dem »Verein für Volksrechte« und dem Reformklub, bei 32 bis 33 Jahren. Die Entscheidung für oder gegen die Revolution war also auch generationsgebunden, jedenfalls innerhalb des Bürgertums, und hier wiederum besonders in der Schicht, die von mir als Bildungsbürgertum bezeichnet wurde. Abgesehen von einer grundsätzlichen, in vielen historischen Epochen beobachtbaren größeren Begeigerungsfähigkeit »der Jugend« für neue, radikale Ideen und Entwicklungen, der die mit beruflicher Etablierung, einem gewissen Wohlstand und dem Bedürfnis nach persönlicher Sicherheit einhergehende politische Mäßigung der Älteren gegenüberstand, dürfte 1848 die jeweils unterschiedliche politische Sozialisation eine wichtige Rolle gespielt haben. Viele Ältere waren durch die Befreiungskriege 1813/1815 sowie deren konservative Aufarbeitung in den folgenden zwei Jahrzehnten geprägt, für die wesentlich die antifranzösische Stoßrichtung einerseits und der Stolz auf Preußens ruhmreiche militärische Siege und Traditionen andererseits charakteristisch gewesen ist. Die Pariser Julirevolution des Jahres 1830, die in Berlin in einem politischen Tumult nachhallte, der als »Schneiderrevolution« in die Lokalgeschichte eingegangen ist, dürfte Revolutionsfurcht und die Wendung zum Konservatismus noch erheblich verstärkt haben. Die Jüngeren, die im Revolutionsjahr zwischen zwanzig und dreißig Jahre alt waren, wurden dagegen durch neue Ideen beeinflusst, wie sie namentlich im Zusammenhang mit den religiösen Dissidentenbewegungen der protestantischen »Lichtfreunde« und der Deutsch-Katholiken hervorbrachen und auch in Berlin zirkulierten, sowie durch Theorieangebote, die die in ihrer Wirkung freilich auf kleine, bürgerliche Zirkel beschränkten Junghegelianer produzierten. Auch gesellschaftspolitische Konzepte der Frühsozialisten, die radikale Handwerksgesellen von ihren Wanderungen nach Paris oder in die Schweiz mitbrachten, gewannen namentlich unter den Berliner Schneider- und Tischlergesellen beträchtlichen Einfluß.

Wirtschaftliche Interessenverbände und Reformbewegungen des Bürgertums

Zu den Inhalten der verschiedenen, *berufsbezogenen Reformbewegungen*, dem zweiten Indikator für die politischen Einstellungen der verschiedenen Schichten des Bürgertums, müssen einige knappe Hinweise genügen. Starke fortschrittliche Reformbewegungen entwickelten sich in Berlin unter den Ärzten, den Lehrern sowie unter den jungen, noch nicht etablierten Hochschullehrern. Ihre Forderungen zielten einerseits auf Verbesserungen der materiellen und sozialen Situation der eigenen Berufsgruppe – oder besser Berufsgruppen; denn weder die Ärzte noch die Lehrer bildeten homogene Berufsstände. Andererseits machten sie sich allgemeine Forderungen zu eigen, wie sie später auch von der frühen Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung aufgenommen wurden. Eine starke Strömung der in mehrere berufsständische Vereinigungen zersplitterten *Ärzte* wollte z. B. neben einem unbeschränkten Niederlassungsrecht außerdem die unentgeltliche medizinische Versorgung der Unterschichten sowie die freie Ärzteswahl auch der Armen

verwirklicht sehen.²¹ Die *Lehrer* verlangten über konkret-materielle Anliegen wie Minimaleinkommen, Beförderung nach der Leistung oder mehr Mitbestimmung bei schulischen Sachentscheidungen hinaus die Trennung der Schule von der Kirche, die Öffnung der höheren Schulen auch für Schüler aus den unteren Bevölkerungsschichten sowie Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Unterrichtsmittel.²² Unter den *Hochschullehrern* der Berliner Universität schließlich war der oben angesprochene Generationskonflikt besonders scharf ausgeprägt. Der Nachwuchs, also die materiell nicht abgesicherten Privatdozenten sowie die gleichfalls schlechtgestellten außerordentlichen Professoren, forderten Mitspracherechte in den Hochschulgremien, Aufhebung der separaten Universitätsgerichtsbarkeit und Herabsetzung der Promotionsgebühren – alles Forderungen, die der selbst im Vergleich mit anderen preußischen Universitäten extrem konservativen etablierten Hochschul-Lehrerschaft Berlins ein Dorn im Auge waren und letztendlich auch nicht durchgesetzt werden konnten. Bezeichnenderweise waren Privatdozenten und außerordentliche Professoren überdies führend in der demokratischen Bewegung Berlins engagiert, namentlich Rudolf Virchow, Julius August Collmann, Robert Remak, Karl Nauwerck, Agathon und Heinrich Benary, der Mathematiker Karl Gustav Jakob Jacobi – nicht zu verwechseln mit dem Königsberger Arzt Johann Jacoby –, Karl Ludwig Michelet, Bruno Bauer, Heinrich Bernhard Oppenheim und Max Schaßler.²³ Vergleichbar starke Reformbewegungen wie innerhalb der Ärzte- und Lehrerschaft und offenes Engagement auf Seiten der Demokraten in ähnlich großer Zahl wie unter dem Hochschullehrernachwuchs finden wir dagegen weder auf Seiten der etablierten, gehobenen Beamtenschaft²⁴ noch in den Reihen des Wirtschaftsbürgertums.

Das Wirtschaftsbürgertum, oder wenigstens – um mit Hartmut Kaelble zu sprechen – die Oberschicht der Berliner Unternehmer, benötigte im übrigen keine neuen Berufsverbände. Mit der 1820 gegründeten *Korporation der Berliner Kaufmannschaft* besaß es eine Organisation, die auch im Revolutionsjahr sehr effektiv die Interessen der größeren Fabrikanten, Bankiers und Kaufleute zu vertreten verstand. Die Korporation als das Sprachrohr der Berliner Wirtschaftsbourgeoisie artikulierte auch deren Stellung zur Revolution. Mitte Mai, als die demokratische Bewegung in eindrucksvollen Demonstrationen gegen die Rückkehr des Prinzen von Preußen ihre politische Stärke bewiesen hatte, hielt die Korporation der Berliner Kaufmannschaft gegenüber dem Staatsministerium in einer internen Eingabe »die Anwendung der energischsten Maßnahmen für gebieterisch notwendig, um die offenbar eingetretene, geschwächte Autorität der Behörden kräftig wieder herzustellen und dem Gesetz die verlorene, volle Achtung wieder zu verschaffen. [...] Auflösung aller socialen Verhältnisse, allgemeiner Nothstand, [...] die Schrecknisse der Anarchie nähern sich dem vaterländischen Boden und die höchste Zeit ist es, daß die Regierung solchem Unheile zureichende Abwehr entgegenstelle.«²⁵ Hinter den Kulissen suchte die Korporation in konservativem Sinne für »Ruhe« und »Ordnung« zu wirken. Mit *öffentlichen* Erklärungen exponierte sich die Korporation der Berliner Kaufmannschaft dagegen nicht bzw. erst, nachdem sich Mitte November das Schicksal der Revolution entschieden hatte. Bis dahin suchte sie unter allen Umständen zu vermeiden, ins Visier der in Berlin starken demokratischen Bewegung und der mit dieser sympathisierenden Unterschichten zu kommen. Die gehobenen

Beamten wiederum, die nach dem März 1848 weitgehend in ihren Ämtern verblieben, waren zwar – wie Fanny Lewald in ihren Erinnerungen formuliert hat – zunächst »in sich zusammengeschrumpft, sie trugen das Haupt nicht mehr so hoch, sie hatten nicht mehr das absolute Unfehlbarkeitsbewußtsein«. ²⁶ Nachdem sich jedoch die politische Großwetterlage geändert und sich herausgestellt hatte, daß die alte Obrigkeit die neue bleiben würde, trugen sie ihre Loyalität der Hohenzollernmonarchie gegenüber auch demonstrativ zur Schau, indem sie schwarz-weiß flaggten, freudig das zurückkehrende Militär begrüßten oder sich offen in konservativen Vereinen engagierten.

Zur politischen Entwicklung und sozialen Zusammensetzung der Bürgerwehr

Neben den berufsbezogenen Reformbewegungen und der Binnenstruktur der politischen Vereine erlauben auch soziale Zusammensetzung der *Bürgerwehr* und die dort beobachtbaren politischen Einstellungen begrenzt allgemeinere Rückschlüsse auf die Haltung namentlich der verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten zur Revolution. Leider existieren die Mitgliederlisten der Bürgerwehr nicht mehr. Sie wurden Anfang November verbrannt, damit sie nicht in die Hände der Militärs fielen und denen die Entwaffnung der Berliner Bürgerwehr erleichtert würde. Trotzdem gibt es Anhaltspunkte, die Aufschluß darüber geben, welche Sozialschichten in welchen Phasen innerhalb dieser kommunalen Bürgergarde den Ton angaben. Wichtig ist zunächst, daß die Bürgerwehr nicht, wie man vielleicht annehmen könnte, als revolutionäre Miliz ins Leben gerufen wurde. Sie sollte nach dem Willen ihrer Gründer und der Mitglieder der ersten Stunde als konservative Ordnungsmacht fungieren und das Vakuum ausfüllen, das entstanden war, nachdem am 19. und 20. März 1848 die regulären Truppen aus der Stadt abgezogen worden waren. Zu diesem Zweck wurde die Aufnahme in die Bürgerwehr vom Besitz des Bürgerrechts abhängig gemacht; ausgeschlossen wurden damit faktisch sämtliche Mitglieder der Unterschichten, weil sie über diesen privilegierten Rechtsstatus nicht verfügten. Erklärtes Ziel der städtischen Honoratioren, die die Bürgerwehr am 19. März ins Leben riefen, war es, die Revolution einzudämmen und einer »Volksbewaffnung«, d. h. der allgemeinen Bewaffnung vor allem der Gesellen und Arbeiter, vorzubeugen. Um die Loyalität der Obrigkeit gegenüber sicherzustellen und die zunächst eindeutig konservative Grundtendenz der neuen Miliz zu festigen, wies der kurz zuvor ernannte Ministerpräsident Adolf Heinrich Graf von Arnim-Boitzenburg am 20. März 1848, einen Tag nach der Gründung der Freiwilligenmiliz, »die Herren Directoren der hiesigen Königlichen Behörden« ausdrücklich an, »die Beamten ihres Ressorts anweisen zu wollen, sich, so viel es der Dienst gestattet, der Bürger-Garde anzuschließen«. ²⁷ In den folgenden Wochen konnte man Beamte aus den Ministerien, der Gerichte und anderer staatlicher Einrichtungen, kurz und gut: »Geheime Rätthe aller Klassen, keuchend mit dem Gewehr auf der Schulter« (so ein Zeitgenosse) als Bürgerwehrleute herumlaufen sehen. ²⁸ Allerdings blieb das nicht so. Unter dem Vorwande, sie würden ihrer beruflichen Tätigkeit nicht mehr mit der gebotenen Sorgfalt nachgehen können, gingen die meisten staatlichen Behörden keine vier Wochen nach der Märzrevolution dazu über, ihren Angestellten

und Beamten den Dienst in der Bürgerwehr mit mehr oder weniger deutlichen Worten zu verbieten. Mit den hohen Beamten zogen sich seit Ende April auch wohlhabende Handwerksmeister, namentlich die anfänglich gleichfalls zahlreichen Hoflieferanten, aus der Bürgerwehr zurück.

Der Rückzug der Geheimen Räte und wohlhabenden Selbständigen erklärt wesentlich, warum sich die Bürgerwehr von einer anfangs stark konservativ eingefärbten Ordnungsmacht zu einer kommunalen Miliz wandelte, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Märzerrungenschaften gegen »Anarchie« wie gegen »Reaction« zu verteidigen. Die Mehrheit der Bürgerwehrleute entwickelte seit Sommerbeginn ein gemäßigt-demokratisches Selbstverständnis, und zwar in dem Maße, wie in den Mannschaften das ärmere Kleinbürgertum sowie einkommensschwächere Teile des Bildungsbürgertums numerisch zu dominieren begannen. Nach außen hin wurde das nicht immer sichtbar, da die polizeilichen Funktionen der Bürgerwehr diese immer wieder in Konflikte mit dem sogenannten Pöbel brachten. Außerdem blieb das Offizierskorps der Bürgerwehr – sozial überwiegend dem Wirtschaftsbürgertum und dem wohlhabenden Mittelstand zuzuordnen²⁹ – bis zur Auflösung dieser kommunalen Miliz im Vergleich zu den Mannschaften konservativ geprägt. Gemäßigt-demokratisches Selbstverständnis der Mehrheit der nominell knapp 30000 Bürgerwehrleute ist ablesbar etwa an Konflikten zwischen Bürgerwehrmannschaften und konservativer Bürgerwehrführung, den zahlreichen politischen Erklärungen von Bürgerwehrebataillonen zu allgemeinen Ereignissen und Entwicklungen sowie schließlich an den beiden mitgliederstarken Bürgerwehr-Vereinen.³⁰

... an den Idealen der »guten, alten Zeit« orientiert – zur Haltung der Mittelschichten

Verfehlt wäre es freilich, aus dem gemäßigt-demokratischen Selbstverständnis zahlreicher Bürgerwehrabteilungen auf eine generell demokratische Tendenz der *Mittelschichten* zu schließen. Dem stand die Angst vor sozialer Deklassierung entgegen. Die noch gutsituierten, relativ einkommenstarken Mittelschichten lebten in der Furcht, ins Proletariat hinabgestürzt zu werden. Diese Furcht war nicht grundlos, da bereits in den Jahren vor der Revolution Teile des selbständigen gewerblichen Kleinbürgertums von Großkaufleuten, sogenannten Verlegern, abhängig geworden und damit de facto zu Heimarbeitern herabgesunken waren. Seit 1846 war insbesondere das Handwerk mit drei Krisen konfrontiert, die sich subjektiv zu einer Dauerkrise verdichteten, deren Ende nicht absehbar war, nämlich (1.) mit der erwähnten Agrarkrise 1846/1847, die besonders Handwerksmeister der Textil- und Bekleidungsindustrie mit voller Wucht, und zwar sowohl als Konsumenten wie als Produzenten, traf, (2.) mit der gewerblichen Krise seit Jahresbeginn 1848, die sich nach der Märzrevolution noch erheblich verschärfte und den gesamten Mittelstand, mit Ausnahme des Druck- und des Nahrungsmittelgewerbes, erheblich in Mitleidenschaft zog, sowie (3.) schließlich mit den langfristigen Industrialisierungsprozessen, die wiederum insbesondere zahlreiche Handwerksmeister des Textil- und Bekleidungs gewerbes ökonomisch ruinierte.

Die einen trieb die Furcht vor Deklassierung in die Arme der Konservativen.

Andere waren bereits sozial deklassiert, suchten jedoch mit aller Macht ihren sozialen Status aufrechtzuerhalten und sich um jeden Preis »nach unten« abzugrenzen. Über den gewerblichen Mittelstand hinaus galt dies auch für die Selbständigen im Handel, im Verkehrsgewerbe etc. sowie schließlich für einfache Beamte. Nicht untypisch für die Einstellung der letztgenannten Bevölkerungsgruppe war die Klage eines namentlich nicht bekannten Beamten, die dieser in einer Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung vom 27. März 1848 zu Papier brachte: »Auf gleichem Fuße mit dem armen Arbeiter steht aber auch der schlecht besoldete Beamte; er steht in vielen Fällen sogar noch schlechter, denn er ist gezwungen, mit hungrigem Magen noch anständig zu erscheinen. [...] Eine Wohllobliche Stadtverordnetenversammlung wird den Beamten doch nicht dem Bettler gleichstellen [...]. Nochmals fleht der Schreiber dieses [Briefes] um Schnelligkeit der Erhöhung seiner Bitte [...]. Eine Wohllobliche Versammlung wird auf diese Weise manche stille Thräne der Noth trocken.«³¹ Armut und devotes Verhalten der Obrigkeit gegenüber, das wird hier deutlich, schlossen sich keineswegs aus. Die politischen Mentalitäten namentlich der *gewerbetreibenden* Mittelschichten lassen sich einigermaßen repräsentativ eingrenzen über die zahlreichen Petitionen der Zünfte bzw. Innungen sowie vergleichbarer Zusammenschlüsse der Einzelhändler. In ihrer überwiegenden Mehrheit, das kann hier nur resümiert werden, zielten sie auf die Rücknahme der Industrialisierung, konkret: die Einschränkung der Gewerbefreiheit, den Ausschluß der unqualifizierten Konkurrenz – der sogenannten Pfuscher –, den Schutz vor auswärtiger Konkurrenz, die Zwangsmitgliedschaft in der Innung, die Beschränkung des Maschineneinsatzes etc.

Die für die Mittelschichten typischen, an Idealen von der »guten alten Zeit« orientierten Forderungen waren zwar vielleicht im Wortsinne »konservativ« oder »reaktionär«, d. h. aber nicht, daß die Angehörigen dieser sozialen Großgruppe sich subjektiv unbedingt dem politischen Konservativismus zuordneten. Insbesondere proletaroiden Kleinmeister, die ich nach dem eingangs entwickelten Schichtenmodell den Unterschichten zugeordnet hatte, erkannten häufig, daß Versuche, den früheren sozialen Status künstlich aufrechterhalten zu wollen, vergeblich bleiben würden. Ein erheblicher, zahlenmäßig natürlich nicht genau faßbarer Prozentsatz, vielleicht sogar die Mehrheit dieser Kleinmeister bildete einen wichtigen Teil des Berliner »milieu populaire«, das der demokratischen Bewegung des Jahres 1848 politischen Rückhalt und Durchsetzungsfähigkeit verlieh. Manche von ihnen gingen noch einen Schritt weiter und schlossen sich der von sozialistischen Idealen beeinflussten, frühen Berliner Arbeiterbewegung an.

Soziale Forderungen, politische Einstellungen und Konfliktverhalten der Gesellen und Arbeiter

Die Einstellungen der *Gesellen* und *Arbeiter* lassen sich gleichfalls recht gut aus den Petitionen ablesen. In größerer Zahl liegen Eingaben allerdings – nicht zufällig – nur für die Anfangsphase der Revolution vor, die Zeit von Ende März bis Anfang Mai. Zunächst ist noch einmal zu betonen: Soziales Elend hatte nicht automatisch »revolutionäres« Bewußtsein zur Folge. Dann hätte in Berlin im Frühjahr 1847

nicht nur eine »Kartoffelrevolution«, sondern eine echte Revolution stattfinden müssen. Wie wenig materielle Not und langanhaltende Erwerbslosigkeit oder Unterbeschäftigung revolutionäre Einstellungen nach sich zog, wird deutlich, wenn man sich die Petitionen der ärmsten Gesellengruppen anschaut. Exemplarisch sei aus einer Eingabe der Seidenwirker zitiert.

»Unsere schöne Kunst ist von Jahr zu Jahr gesunken, die zuletzt verflossenen acht Jahre haben derselben den gänzlichen Todesstoß gegeben und nur schnelle Hilfe kann uns vor dem gänzlichen Erlöschen retten. Nicht allein unsere Arbeit ist gesunken, auch unsere Körperkräfte haben ihr Ende erreicht, nicht Menschengestalten wandeln unter uns einher, nein, leichenähnliche Menschen sind es, die von Noth, Sorge und übertriebener Arbeitskraft angegriffen, einherwandeln. Niemand [von uns] hat verdienen können, was sein Körper verlangte, um arbeiten zu können. [...] Jetzt ist die Zeit herangerückt, wo wir offen und mit kindlichem Vertrauen alle unsere Wünsche unserem großen Monarchen vorlegen können [...], ja als Kinder wollen wir uns unserem Vater nähern und mit kindlichem Vertrauen das Erlösungswort von unserem großen Könige« erhoffen.³² Naiver Monarchismus und Orientierung auf die Obrigkeit, wie sie hier durchscheinen, waren allerdings weder während des Vormärz und noch weniger in den Revolutionsmonaten repräsentativ für die *Gesamtheit* der Gesellen- und Arbeiterschaft. Am anderen Ende eines vielfältig gestuften Spektrums an weltanschaulichen und politischen Haltungen gab es eine größere Strömung innerhalb des Berliner Proletariats, die moderne Ideen aufnahm und schon deutlich von frühsozialistischen Theorien beeinflusst war. Zur Illustration erneut ein Beispiel:

In einem längeren Vortrag, den er Anfang Dezember 1847 im Berliner Handwerkerverein hielt, kritisierte der Schlossergeselle Friedrich Juny das – wie er es nannte – »Spekulantentum« und die »Habsucht« der Unternehmer. Statt nun jedoch die Aufhebung der Gewerbefreiheit oder eine Beschränkung der Maschinenarbeit zu fordern, verlangte Juny die »Bildung großer Werkstätten« mit Hilfe staatlicher Unterstützung oder auf genossenschaftlicher Basis. Erreichen könnten dies die »unteren Volksklassen« nur, wenn sie auf die eigene Kraft vertrauten und berufsständische Abgrenzungen überwinden: »Darum, liebe Freunde [...]: Erhaltet und befördert den Frieden unter Euch, so werdet ihr Früchte wachsen sehen, die ihr in der Zersplitterung kaum geahndet habt. Denn der vereinzelt Mensch ist nichts, aber vereint sind auch die Schwachen mächtig.«³³ Im Grunde mahnte der Schlossergeselle Juny damit die Bildung eigenständiger, gewerkschaftsähnlicher »Arbeiter«organisationen an.³⁴ Bemerkenswert ist auch das Forum, vor dem Juny seine Ideen ausbreitete: Der große Handwerkerverein war 1844 gegründet worden und zählte bereits im Frühjahr 1846 mehr als zweitausend Mitglieder. Ursprünglich als Bildungsverein ins Leben getreten, waren in dem – wie er nach seinem Gründer und langjährigen Vorsitzenden Heinrich Hedemann auch hieß – Hedemannschen Handwerkerverein fast ausschließlich Gesellen und Arbeiter, und zwar ziemlich aller wichtigen Berufsgruppen, organisiert. Die von einem bürgerlichen Vorstand und einem ehrenamtlichen Lehrkörper geleitete Organisation bot dem preußischen Repressiv-System des Vormärz zum Trotz einen Rahmen, in dem die Gesellen-Mitglieder mit neuen Weltanschauungs- und Theorieangeboten unterschiedlichster Couleur bekannt gemacht wurden und hierüber in einen intensiven Meinungsaus-

tausch treten konnten. Stephan Born hat in seiner Autobiographie den Verein insofern völlig zu Recht »Bildungsstätte für heranwachsende Revolutionäre« genannt.³⁵ Nur vereinzelt wurden freilich in den letzten Jahren des Vormärz in den Berliner Unterschichten Sympathien für die Republik als Staatsform laut. Das galt auch für die Anfangsphase der Revolution. Seit Spätsommer 1848 allerdings waren im Unterschichtenalltag Berlins beleidigende Äußerungen nicht nur gegen den schon während des Vormärz besonders verhaßten Prinzen von Preußen und späteren König bzw. Kaiser Wilhelm I., sondern auch gegen den König selbst gang und gäbe.³⁶ Der Ruf »Republik« wurde zum Schlagwort, die rote Fahne zum immer häufiger benutzten Symbol, mit denen größere Teile der Unterschichtsangehörigen ihre fundamentale Unzufriedenheit mit der Monarchie wie der Politik der liberalen März-kabinetts zum Ausdruck brachten.

Nicht nur in ihren allgemein-politischen Einstellungen, auch in ihren konkreten sozialen Forderungen lassen sich mit Blick auf die Mehrheit der Berliner Gesellen und Arbeiter grundlegende Wandlungen feststellen. Im ersten Monat nach der Märzrevolution blieben die Forderungen der Gesellen und Arbeiter im traditionellen Rahmen, d. h. neben dem ziemlich allgemeinen Verlangen nach höheren Löhnen und geringeren Arbeitszeiten finden sich zahlreiche Forderungen, die eine zunächst weiterbestehende Fixierung auf überkommene Zunftideale verraten. Nachweisen läßt sich dies anhand der bereits erwähnten Petitionsbewegung,³⁷ die auf die Zeit von Ende März bis Anfang Mai datiert und ungefähr zwei Drittel aller Berliner Gesellen und Arbeiter erfaßte: Knapp ein Drittel der petitionierenden Arbeiter und Gesellen verlangte eine Beschränkung der Zahl der Lehrlinge durch die staatlichen bzw. städtischen Behörden oder die wiederhergestellten Zünfte, etwa 15 Prozent ein Verbot der Gewerbetätigkeit für nicht-zünftige Meister, sogenannte Pfüscher, sowie die Wiederherstellung des Innungs- bzw. Zunftzwanges. Ungefähr 5 Prozent forderten explizit die vollständige oder partielle Aufhebung der Gewerbefreiheit, fast 20 Prozent ein Verbot bzw. die Beschränkung des Einsatzes von Maschinen für gewerbliche Arbeit. Mehr als ein Drittel aller Gesellen und Arbeiter schließlich wollte ein Verbot oder zumindest die Beschränkung der Frauenarbeit erreichen. Vorgetragen wurden freilich auch »fortschrittliche« Forderungen: z. B. nach der Schaffung von Nationalwerkstätten bzw. Produktionsassoziationen, nach einem Arbeiter- bzw. Arbeitsministerium, nach staatlicher Kranken- und Altersversicherung u. ä. m. Gegenüber »rückwärtsgewandten« Vorstellungen blieben sie zunächst jedoch von untergeordneter Bedeutung.

Auch die Arbeitskämpfe unterschieden sich bis Mai 1848 im Ablauf und in ihren Ritualen im allgemeinen kaum von den Gesellenstreiks, die aus dem 18. Jahrhundert und den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bekannt sind. Wenn sie sich mit ihren Forderungen wenigstens teilweise durchgesetzt hatten, veranstalteten viele Gesellengruppen Umzüge, um mit »Fahnen und Musikkorps« ihren Arbeitgebern »den Dank für die gemachten Bewilligungen auszusprechen«. Selbst die Maschinenbauer zogen Ende März, nachdem ihre Wünsche weitgehend akzeptiert worden waren, zu mehreren Tausend »mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen«, »mit Grün und mit Kränzen geschmückt« nach Moabit – der Gegend, wo die meisten Maschinenfabriken damals lagen – hinaus, um den Unternehmern ihren Dank darzubringen und anschließend mit »frohem Gelage, Tanz und Gesang« ih-

ren Erfolg zu feiern. Charakteristisch für die Streikbewegung bis Anfang Mai 1848 war außerdem ihre lokale Begrenztheit, ein weiteres Merkmal traditioneller Gesellenstreiks.³⁸ Die beiden Streiks der Buchdrucker, die in eine spätere Phase fallen (mehrere Tage Ende Mai/Anfang Juni sowie den ganzen Monat August), besaßen dagegen bereits Merkmale moderner Arbeitskämpfe: Sie waren innerhalb des »Guttenberg«-Bundes überregional koordiniert und durch eine quasi moderne Öffentlichkeitsarbeit (umfangreiche Presseerklärungen und Maueranschläge, in denen die eigene Haltung ausführlich begründet wurde) propagandistisch vorbereitet. Bemerkenswert ist außerdem, daß – im Unterschied zu den traditionellen Gesellenstreiks und auch zu den Arbeitskämpfen vom März und April – sich andere Berufsgruppen, insbesondere die politisch einflußreichen Maschinenbauer, mit den Buchdruckern ausdrücklich solidarisierten. Die Maschinenbauer wiederum inszenierten am 1. November 1848 den ersten politischen Streik in Berlin, als sie aus Protest gegen angebliche Übergriffe der Bürgerwehr vom Vortage, denen einer der ihren zum Opfer gefallen war, für einige Stunden die Arbeit niederlegten.

Das Central-Comité der Arbeiter

Wenn seit Sommer 1848 traditionelle tendenziell »modernen« Formen des Arbeitskampfes wichen und außerdem rückwärtsgewandte, zunftorientierte Forderungen verstummten, dann lag dies *nicht* in erster Linie daran, daß die sozialpolitischen Wünsche der Gesellen und Arbeiter vollständig erfüllt worden wären. Klagen über die schlechten Arbeitsbedingungen und die große materielle Not konnte man auch in der zweiten Hälfte des Jahres 1848 vielstimmig und lautstark hören. Auch die Erwerbslosigkeit blieb in der zweiten Jahreshälfte weiterhin hoch. Statt daß es jedoch zu einer Wiederholung der Petitionsbewegung in den traditionellen Formen kam, wurden neue Wege beschritten. Mitte April gründeten 28 meist größere Gesellen-, Arbeiter- und Angestelltengruppen in Berlin ein sogenanntes *Comité der Arbeiter*, aus dem dann Ende August die »Arbeiterverbrüderung«, die erste quasi-gewerkschaftliche Massenorganisation im deutschen Raum, hervorging. Zum Präsidenten des Central-Comités der Arbeiter wurde Stephan Born gewählt. Modern – im Sinne der Vorwegnahme später üblicher Strukturen – war das neue Central-Comité einmal, weil hier zum ersten Mal über die berufsständischen Grenzen hinweg sich weite Teile der Gesellen- und Arbeiterschaft *selbständig* zu einer Organisation, einer Art Arbeiterparlament, wie Stephan Born Karl Marx gegenüber formulierte, zusammenfanden. Modern war das Berliner Central-Comité der Arbeiter aber auch deshalb, weil hier das erste Mal programmatische Vorstellungen entwickelt wurden, wie sie später für die gewerkschaftliche und sozialistische Arbeiterbewegung typisch sein sollten.

Seine Hauptaufgabe sah das Central-Comité darin, die »Interessen der Arbeiter untereinander und mit dem Staate« zu vermitteln sowie »alle Maaßregeln« zu veranlassen, »welche die allgemeinen Arbeiterinteressen erheischen«. Konkret gefordert wurde u. a. die Bestimmung von Mindestlöhnen sowie festen Arbeitszeiten durch Kommissionen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, also im Grunde die Schaffung von Institutionen, die Tarifverträge aushandeln sollten, die Schaffung eines

Arbeiterministeriums, das diesen Namen auch verdiene, die Aufhebung der indirekten Steuern und stattdessen die Einführung progressiver Einkommenssteuern. Verlangt wurde weiter die Einführung unentgeltlichen Schulunterrichts und unentgeltlicher Volksbibliotheken, die »Beschäftigung der Arbeitslosen in Staatsanstalten«, die »Errichtung von Musterwerkstätten durch den Staat« sowie schließlich die Versorgung »aller Hülflösen« und »aller Invaliden der Arbeit« durch die »Öffentliche Hand« (wie man heute sagen würde). Außerdem forderten die dem Central-Comité angeschlossenen Gesellen- und Arbeitergruppen die Herabsetzung der Wählbarkeit für das preußische Abgeordnetenhaus vom 30. auf das 24. Jahr, »Schranken gegen Beamtenwillkür«, allgemeine Freizügigkeit in ganz Deutschland sowie unbeschränkte Reisefreiheit und namentlich die Aufhebung der in dieser Hinsicht für Gesellen geltenden Restriktionen.³⁹ Darüber hinaus wurde nicht etwa die Wiederherstellung einer zufünftlichen Wirtschaftsverfassung gefordert, sondern vielmehr der Ausbau der Gewerbefreiheit und die Erleichterung des Handels. Ferner, auch das macht den Unterschied zur Petitionsbewegung der ersten Wochen nach der Märzrevolution deutlich, richtete das Central-Comité eine Abteilung ein, die »die Sache der Arbeiterinnen vertreten« sollte. Dem Central-Comité der Arbeiter und hier namentlich Stephan Born, der sich unter den Gesellen und frühen Industriearbeitern Berlins uneingeschränkter Beliebtheit erfreute, war es schließlich wesentlich zu verdanken, daß es in Berlin – im Gegensatz insbesondere zu Wien und von einer einzigen Ausnahme abgesehen – zu keinem Maschinensturm kam.

In ihrer Grundtendenz liefen Programmatik und in Eingaben geäußerte Forderungen der frühen Berliner Arbeiterbewegung auf – kurz gesagt – die Installierung eines modernen, »bürgerlichen« Sozialstaates hinaus. Die Umwälzung der bestehenden Eigentumsverhältnisse, die Ersetzung des Privateigentums an Produktionsmitteln durch die Errichtung von Produktions- und Konsumassoziationen behielten Born und seine Gesinnungsfreunde als langfristige Perspektive im Auge. Seit Anfang 1849 begann das Berliner Bezirks-Komité der Arbeiterverbrüderung mit dem Aufbau solcher Genossenschaften, um die Funktionsfähigkeit der anvisierten ökonomischen Alternative zu demonstrieren.⁴⁰ Ehe diese freilich zur Entfaltung kommen konnten, fielen sie den scharfen politisch-polizeilichen Pressionen der beginnenden »Ära der Reaktion« zum Opfer. Politisch stand die im Central-Comité der Arbeiter zusammengefaßte, frühe Berliner Arbeiterbewegung auf dem linken Flügel der demokratischen Bewegung der preußischen Hauptstadt. Zugleich radikalisierte sich die demokratische Bewegung, erhielt die »soziale Frage« dort ein stärkeres Gewicht, auch wenn beide Strömungen eine Art Arbeitsteilung beibehielten, die demokratischen Klubs sich mehr allgemein-politischen Fragen, das Central-Comité der Arbeiter und später die Arbeiterverbrüderung sich mehr sozialen Fragen widmeten.

Die politischen Konfliktlinien – so läßt sich resümieren – bewegten sich, je weiter die Revolution voranschritt, zunehmend entlang der sozialen Scheidegrenzen, und zwar nicht nur zwischen proletarischen Schichten einerseits und der jeweils übergroßen Mehrheit des Bürgertums sowie des Kleinbürgertums andererseits. Auch innerhalb der bürgerlichen Schichten wurden sozial bedingte politische Trennlinien sichtbar: Wirtschaftsbürgertum und gehobene Beamtenschaft – sowie

der wohlhabende Mittelstand – neigten in ihrer großen Mehrheit zum Konservatismus und zu einem deutlich kleineren Teil zum politischen Liberalismus. Ein nicht unbedeutender Teil des Bildungsbürgertums, vor allem die jüngeren, beruflich noch nicht etablierten Akademiker, standen dagegen im Lager der Berliner Demokratie.

Auch mit Blick auf die allgemein-politischen Einstellungen der Unterschichten und ihr Verhältnis zur Revolution muß stärker differenziert werden, als ich das bisher getan habe. Das Central-Comité der Arbeiter repräsentierte zwar die Mehrheit der Gesellen und qualifizierten Industriearbeiter, keineswegs jedoch die Gesamtheit der Unterschichten: Erstens gab es auch weiterhin Gesellengruppen, die konservativ und auf Vorstellungen vom »guten, alten Handwerk« fixiert blieben. Solche Einstellungen finden sich vor allem in den Gewerken, in denen die Meister noch überwiegend in Zünften organisiert waren und es im Durchschnitt zu einem gewissen Wohlstand gebracht hatten, etwa Bäcker und Schlächter, mit Einschränkungen auch Zimmerer und Maurer. Zweitens lassen sich zwischen den gehobenen Schichten des Proletariats, also den Gesellen und qualifizierten Arbeitern, die weitgehend durch das Central-Comité der Arbeiter repräsentiert wurden, und dem »Bodensatz« der Berliner Bevölkerung, d. h. vor allem den unqualifizierten Arbeitskräften sowie dem Subproletariat, deutliche Unterschiede in der Lebensweise und den Lebenseinstellungen beobachten. Auf den zweiten Aspekt werde ich im folgenden näher eingehen.

»Kultur der Armut« und »Kultur« des Bürgers

Die gehobene wie die untere Schicht des Proletariats im weiteren Sinne identifizierten sich zwar beide weitgehend mit der Märzrevolution, den sogenannten Märzerrungenschaften sowie tendenziell der demokratischen Bewegung. Sie drückten jedoch in sehr verschiedener Weise der Berliner Revolution ihren Stempel auf und beeinflussten mittelbar und unfreiwillig auf je unterschiedliche Weise die Haltung des Bürgertums und des Kleinbürgertums zur Revolution. Das soll im folgenden erläutert werden, indem Lebensweise und Lebenseinstellungen der untersten Schichten des Proletariats stichwortartig umrissen werden. Ich stütze mich dabei auf ein theoretisches Konzept des amerikanischen Anthropologen Oscar Lewis, das dieser »Kultur der Armut« genannt hat.⁴¹ Im folgenden grob zusammengefaßt und den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts angepaßt, die acht wichtigsten Elemente dieser Armutskultur⁴²:

1. Die *Lebensweise* der Unterschichten war *augenblicksbezogen* und nicht auf die langfristige soziale und wirtschaftliche Absicherung ihrer eigenen materiellen Existenz und der ihrer Familien orientiert. Was man gerade verdient hatte, gab man auch rasch wieder aus.
2. Die *Sozialbeziehungen* in den unteren Bevölkerungskreisen waren meist durch ein beträchtliches Maß an *Gewalthaftigkeit* gekennzeichnet. Der Schriftsteller Adolf Glaßbrenner hat dieses Verhalten in seinem »Berliner Eckensteher« (so wurden im Volksmund die zahlreichen Gelegenheitsarbeiter der Hauptstadt Preußens genannt) folgendermaßen ironisch zugespitzt: Prügeln sei der Ecken-

steher »größtes Vergnügen. Kein Fest, es mag einen Namen haben, welchen es will, endigt ohne Prügelei – fügt das Schicksal nicht die aufgeregten Gemüther zusammen, so rufen sie den Schlachtengott selbst herbei. [...] Selten lacht der heitere Himmel der Eintracht in ihren Unterhaltungen, ist dies aber wirklich einmal der Fall, so rufen sie selbst einige trübe Wölkchen der Zwietracht herbei, die sich nach und nach aufthürmen und endlich durch ein fürchterliches Gewitter zertheilen. Es muß ein organischer Fehler im zarten Nervensystem der Eckensteher sein, aber ohne Prügel können sie nun einmal nicht schlafen, und sollte es, vermöge der herbeieilenden Polizei, auf dem harten Brette der Wachstube sein.«⁴³

3. Ein anderes Charakteristikum der »Kultur der Armut« ist die *kaum ausgeprägte Trennung von öffentlicher und privater Sphäre* und die niedrige »Scham- und Peinlichkeitsschwelle« (Norbert Elias). Sie waren in Berlin und anderen Großstädten um die Mitte des 19. Jahrhunderts natürlich wesentlich durch die katastrophalen Wohnverhältnisse bedingt. Darüber hinaus war jedoch das Schamgefühl in den unteren Bevölkerungsschichten um die Jahrhundertmitte und auch danach noch lange nicht so ausgeprägt wie in bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kreisen. Die Unbefangenheit gegenüber nackten Körpern und gegenüber der Sexualität schwand »zunächst in den oberen Schichten, viel langsamer in den unteren«⁴⁴. Die große Zahl wilder Ehen und unehelicher Kinder während des Vormärz sind hier ein unübersehbares Indiz.
4. Exakte *Zeitökonomie* und ein Streben nach hoher Leistungsintensität waren noch *nicht verinnerlicht*, sondern mußten durch äußeren Druck erzwungen werden. Das galt keineswegs nur für die sogenannten Rehberger. Die lautstarken Klagen vieler Meister auch im Revolutionsjahr, daß ihre Gesellen nach alter Tradition am Montag »blau« machten, also feierten und dem Alkohol zusprachen statt zu arbeiten, bringen unmißverständlich zum Ausdruck, wie verbreitet eine solche Arbeitshaltung war. Mangelnde Arbeitsdisziplin und allgemeine Unpünktlichkeit waren selbst für die Maschinenbauer typisch: Bis 1849/1850 kamen häufig mehr als zehn Prozent der Belegschaft August Borsigs, des größten Berliner Maschinenbauunternehmers, zu spät. Das änderte sich erst, nachdem Borsig Zeitmarken eingeführt hatte und das Werksgelände systematisch abriegeln ließ.⁴⁵
5. *Mündlichkeit* war ein weiteres grundlegendes Charakteristikum der »Kultur der Armut«. Zwar waren selbst die untersten Unterschichten in Berlin seit den vierziger Jahren alphabetisiert, aber nur auf niedrigstem Niveau. Lesen und mehr noch Schreiben blieb für viele, den niederen Sozialschichten angehörenden Berlinern eine große Mühsal. Schriftliche Äußerungen von Angehörigen der niederen Sozialschichten waren die Ausnahme, auch nur sporadische Lektüre von Zeitungen unüblich. Für das Abonnement beispielsweise eines der beiden alteingesessenen Berliner Tagesblätter, der Vossischen oder der Spenerschen Zeitung, fehlte selbst den meisten Gesellen und Fabrikarbeitern das Geld. Während des Revolutionsjahres trugen die verschiedenen politischen Strömungen dem spezifischen Leseverhalten breiter Volksschichten Rechnung, indem sie ihre Erklärungen großflächig an den Straßenecken und Häuserwänden anschlugen. Auch die Obrigkeit wußte um das Leseverhalten der niederen Sozialschichten und ließ Bekanntmachungen nicht nur in den Tageszeitungen, sondern gleichfalls als

großformatige Eckenanschlüge drucken. Die Plakate wiederum lösten häufig heiße Diskussionen unter den nicht selten riesigen Menschentrauben aus, die sich regelmäßig vor diesen – wenn man so will – Wandzeitungen bildeten. Die berühmteste dieser, wie sie von den Zeitgenossen genannt wurden, »politischen Ecken« Berlins war der sogenannte Linden-Klub. Darauf kann hier ebensowenig näher eingegangen werden wie auf weitere Aspekte, namentlich

6. die *Feindseligkeit* der Unterschichten *gegenüber den Repressivorganen* der Obrigkeit – 1848 waren dies in Berlin in erster Linie die Bürgerwehr, seit Juli 1848 dann vor allem die neu ins Leben gerufenen Konstabler –,
7. die wachsende *Ablehnung der offiziellen (protestantischen) Kirche* und *Geistlichkeit* sowie schließlich
8. die *Akzeptanz bestimmter Alltagsvergehen*.⁴⁶ Der Holzdiebstahl, der 1848, und schon vorher, von den Unterschichten wie eine Art Volkssport betrieben wurde, ist hierfür ein augenfälliges Beispiel.

Das Bürgertum und auch weite Teile der Mittelschichten hatten demgegenüber lange vor 1848 Verhaltensmuster ausgebildet, die denen der »Kultur der Armut« zum Teil diametral entgegenstanden: Triebverzicht, ausgeprägte Affektkontrolle, asketisches Arbeitsethos müssen hier als Stichworte genügen. Folglich war den Bürgern Arbeitshaltung und Lebensführung der Unterschichten ein ständiger Dorn im Auge. Zumindest die untersten Sozialschichten erschienen in der bürgerlichen Perspektive durchweg als sittenlos, unmoralisch und arbeitsscheu. Die vorurteilsgeladene Haltung des Bürgertums gegenüber dem »Pöbel« wurzelte nicht in aktuellen, revolutionsbedingten Entwicklungen, sondern lag tiefer und war lange vor 1848 spürbar gewesen. Die Revolution bestätigte und verfestigte diese Vorurteile nur.

In den Revolutionsmonaten entstand dann allerdings eine Arbeitergruppe, die gewissermaßen die Inkarnation all dieser Ängste zu sein schien: die bereits erwähnten, auf öffentliche Kosten beschäftigten Erdarbeiter oder Rehberger. Auf die Rehberger wurden alle Ängste projiziert. Die Rehberger wurden zu einem revolutionären Popanz – obgleich sie bei Licht besehen eine recht harmlose Arbeitergruppe waren. Sie neigten zwar zu Gewalttätigkeiten gegenüber Vorgesetzten, aber immer nur dann, wenn diese die Löhne herabzusetzen bzw. Akkord einzuführen suchten oder die unverheirateten, jungen »Notstandsarbeiter« entlassen wollten, also die materielle Existenz der Erdarbeiter unmittelbar zu bedrohen schienen. Der Mythos des wilden und wüsten »Rehbergers« erhielt sich in weiten Kreisen des Bürgertums und des Kleinbürgertums auch im Sommer und Herbst 1848, obwohl selbst die gemäßigt-konservative Presse zugeben mußte, daß die Erdarbeiter seit dem Frühsommer pazifiziert waren und seitdem von ihnen keine größeren Tumulte mehr ausgingen (von einer Ausnahme abgesehen).⁴⁷

Je niedriger der soziale Status, desto ausgeprägter fanden sich Elemente der »Kultur der Armut«. Am ausgeprägtesten waren sie in den untersten Schichten des Proletariats ausgebildet, dem Subproletariat. Deutlich sichtbar waren sie 1848 außerdem unter den Erdarbeitern, die hinsichtlich ihrer sozialen Herkunft allerdings, wie gesagt, sehr heterogen waren. In den *oberen* Schichten des Proletariats, den Arbeiter- und Gesellengruppen, die später den qualifizierten Kern der Industriearbeiterklasse bildeten, hatten sich die Elemente der »Kultur der Armut« 1848 dage-

gen bereits teilweise verflüchtigt. Das gilt etwa für den Aspekt der Gewalthaftigkeit der Sozialbeziehungen. Auch die Mündlichkeit der Äußerungen dominierte nicht mehr – die frühe Arbeiterbewegung besaß mehrere Zeitungen, die ebenso wie frühsozialistische und andere Broschüren von den in den »modernen« Arbeitervereinigungen organisierten Gesellen und Fabrikarbeitern auch gelesen wurden.

». . . den Arbeiter vom Pöbel trennen« – zum politischen und sozialkulturellen Selbstverständnis der frühen Arbeiterbewegung

Diese Stichworte, die hier genügen müssen, seien zu einer vielleicht etwas überspitzten These zusammengefaßt: Ohne ein gewisses Maß an Bürgerlichkeit ist die Entstehung der modernen Arbeiterbewegung, die ja von den qualifizierten Schichten des Proletariats ausging, nicht denkbar. Diese Feststellung kann sich in gewisser Weise auf das Selbstbild der frühen Arbeiterbewegung Berlins stützen, die sich vom niederen »Pöbel«, als dem »reinsten« Repräsentanten der »Kultur der Armut«, gezielt abzusetzen suchte. Stephan Born, der unbestrittenen Führungsfigur der frühen Berliner Arbeiterbewegung, kam es – so ließ er Anfang Juli 1848 verlautbaren – »jetzt darauf an, den Arbeiter vom Pöbel zu trennen«. Der Pöbel als »der schlechteste Teil der Gesellschaft« sei »feig«, »gemein egoistisch« und könne »sich höchstens für einen momentanen Genuß schlagen«. Er verfolge lediglich »seinen augenblicklichen Zweck, und wenn die Welt dabei zu Grunde ginge«, sein alltägliches Tun laufe »auf die weiteste Zügellosigkeit hinaus«. Die »Bewegung unseres Proletariats« dagegen wolle »die Familie« als soziale Existenzform »ganz und gar nicht in Frage« stellen und strebe überhaupt »die hohe Civilisation« an.⁴⁸ Was Born hier als angebliche Verhaltens- und Kulturnorm »unseres Proletariats« anspricht, beruhte freilich 1848 und auch danach noch in mancherlei Hinsicht auf Wunschen; das Verhalten der Maschinenbauer, die sich den Pünktlichkeitsnormen eines Borsig nicht unterwerfen wollten, sagt genug. Selbst diese, damals »modernste« Arbeitergruppe hatte Verhaltensmuster, wie sie für die »Kultur der Armut« charakteristisch waren, keineswegs gänzlich abgestreift. Die Realität hinkte den von Born und anderen Vertretern der frühen Arbeiterbewegung propagierten Normen und Idealen noch lange Zeit hinterher.

Die Orientierung der frühen Arbeiterbewegung an bürgerlicher »Civilisation« und Kultur hinderte weite Kreise des Bürgertums freilich nicht, die sozialen Forderungen der frühen Arbeiterbewegung oftmals pauschal als »kommunistisch« zu denunzieren. Daß die Vorstellungen des Berliner Central-Comités der Arbeiter nicht auf eine sozialistische Gesellschaft, sondern auf einen modernen bürgerlichen Sozialstaat zielten, wurde in den breiten Schichten des Bürgertums und Kleinbürgertums nicht zur Kenntnis genommen.⁴⁹ Der gebildete Geselle und Facharbeiter schien in dieser Perspektive weniger wegen seiner Lebenseinstellung eine Gefahr; in dieser Hinsicht paßte er sich zunehmend bürgerlichen Vorstellungen und Haltungen an. Bedrohlich schien er deshalb, weil er politisch gebildet war, mit rationalen Konzepten systematisch an eine fundamentale Umgestaltung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu gehen und damit das Bürgertum in seiner sozialen Substanz in Frage zu stellen schien. Born hat diese Haltung Anfang Juni 1848 in

seiner Zeitschrift »Das Volk« ironisiert. Indem der Arbeiter »kein Almosen mehr« wolle, sondern Rechte einfordere, ward in den Augen des Bürgers »aus der Nachtigall ein Geier, der Euch seine scharfen, spitzen Krallen zeigt«, aus dem »gebildeten Arbeiter, den Ihr in Eure Salons geführt«, ein »Schurke«.⁵⁰

Eine steckengebliebene Revolution

Die Distanz der Mehrheit der Bürger und wohlhabenden Kleinbürger gegenüber der »Kultur der Armut« wie gegenüber den sozialistischen bzw. sozialstaatlichen Idealen der frühen Arbeiterbewegung war gleichbedeutend mit Distanz gegenüber der demokratischen Bewegung – da Arbeiterbewegung und demokratische Vereine, wie gesagt, politisch eng verbündet waren und das Berliner Proletariat in seinen zahlreichen Schattierungen die soziale Basis der demokratischen Bewegungen Berlins stellte. Die demokratische Bewegung wiederum repräsentierte und »personifizierte« Märzrevolution und Märzerrungenschaften. Weite Teile der bürgerlichen Schichten wollten zwar durchaus Reformen; der Revolution standen sie jedoch von vornherein ablehnend gegenüber – vielleicht abgesehen von der ersten Woche nach dem 18. März, als die sozialen und politischen Spaltungen in der Einwohnerschaft von der ersten Euphorie über die angebrochene »Neue Zeit« noch überdeckt wurden. Angesichts dessen ist es eher irreführend, die politischen Umwälzungen des Jahres 1848 mit dem Terminus »bürgerliche Revolution« zu charakterisieren. Problematisch ist allerdings auch der Umkehrschluß. »Bürgertum und Revolution«, so hat Manfred Hettling unlängst behauptet, habe 1848 in Deutschland nicht zueinandergepaßt. »Denn das, was 1848 bürgerlich war, das war nicht revolutionär [...]. Und das, was 1848 revolutionär war, das war nicht bürgerlich, wurde nicht von bürgerlichen Schichten getragen.«⁵¹ Diese griffige Formel trifft nicht, jedenfalls nicht für Berlin. Denn, wie wir gesehen hatten, eine, wenn auch schmale bürgerliche Schicht, eine Teilgruppe vor allem des Bildungsbürgertums, besetzte innerhalb der revolutionären Bewegung einflußreiche Positionen – die Vorstands- und Führungspositionen der demokratischen Vereine. Zumindest diese Teilgruppe des Bürgertums wird man uneingeschränkt als »revolutionär« bezeichnen können.

Daß die Revolution 1848 keine *ausschließlich* bürgerliche war, ist keine neue Erkenntnis. Werner Conze hat bereits 1954 festgestellt, daß sie »weit mehr als nur eine ›bürgerliche Revolution‹ gewesen [ist]. Breite Massen des vom ›Pauperismus‹ gepackten und zum ›Proletariat‹ werdenden Volkes in Stadt und Land [...] waren [...] drauf und dran, die ›soziale‹ Revolution voranzutreiben.«⁵² Diese Feststellung ist seitdem durch zahlreiche Forschungen bestätigt worden, zuletzt eindrucksvoll durch die Dissertation von Manfred Gailus. Wenn Gailus stattdessen *alternativ* von der 48er Revolution als der »letzten großen Rebellion breiter Volksschichten auf der Grundlage vorindustrieller Zielvorstellungen« spricht,⁵³ dann ist dies allerdings gleichfalls überzogen. So richtig es ist, die wichtige Rolle der unteren Sozialschichten herauszustreichen, so muß doch zugleich zweierlei berücksichtigt werden: Erstens schloß sich ein nicht unerheblicher Teil der unteren »Volksschichten« dem »Central-Comité der Arbeiter« an bzw. orientierte sich an den programmatischen Konzepten, die von dieser durch Stephan Born begründeten Organisa-

tion propagiert wurden. Das waren jedoch Forderungen, wie sie für die *spätere, moderne* Arbeiterbewegung charakteristisch waren. Von »vorindustriellen Zielsetzungen« wird man hier kaum sprechen können. Vor allem aber waren die personellen Träger allein schon der städtischen Revolution des Jahres so heterogen, die sozialen und politischen Bewegungen im Kontext der revolutionären Entwicklungen so vielschichtig, daß sich die Revolution einer vereinfachenden Etikettierung entzieht. Sehr präzise hat Stephan Born diese Konstellation bereits wenige Wochen nach der Märzrevolution beschrieben: »Unsere Zeit«, so stellte er fest, »ist eine ganz und gar unfertige, unsere Zustände sind halbe.« Man dürfe bei allem politischem Hochgefühl nicht übersehen, »daß es in unserem Vaterlande noch keineswegs zwei scharf getrennte Volksklassen: Kapitalisten und Arbeiter giebt«. Es existierten »zwar Arbeiter, Arme, Bedrückte und Belastete, aber noch keine arbeitende Klasse«. »Unsere Revolution« könne angesichts dieser »unfertigen« Zustände »noch keine soziale Revolution« sein, »noch ist sie ganz und gar politischer Natur«. ⁵⁴ Und auch als politische Revolution, so wäre Born zu ergänzen, war sie – fast möchte man sagen – dazu verdammt, in ersten Ansätzen steckenzubleiben und letztlich zu scheitern.

Anmerkungen

- 1 Beta, Berlin und Potsdam. Ihre Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, München o. J., S. 5.
- 2 Ebd., S. 28.
- 3 Bei den folgenden Angaben handelt es sich um die gerundeten arithmetischen Mittelwerte der Ergebnisse der Berufszählungen der Jahre 1846 und 1849 (nach: Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme vom 1. Dezember 1875 in der Stadt Berlin, bearb. von Richard Boeckh, 4. Abteilung, Berlin 1880, S. 6–13). Das ist methodisch nicht ganz unproblematisch, da auf diese Weise die krisenbedingten Verschiebungen in der Erwerbsstruktur weitgehend ausgeblendet werden (mit Ausnahme der Zahlen zum »wohlhabenden« und »proletaroiden« Handwerksmeister, die auf Angaben zu 1848 basieren). Die krisenbedingten Verschiebungen lassen sich mit Blick auf die folgenden Zahlen jedoch nur als Trend angeben: Das »Wirtschaftsbürgertum«, die »reichen Pensionäre«, die Schicht der »mittleren Kaufleute«, die Selbständigen im Verkehrsgewerbe etc. dürften 1847/1848 noch schmaler, das Subproletariat dagegen erheblich größer gewesen sein. Letzteres wurde auch 1846 und 1849 nur teilweise erfaßt, weil die Polizeibehörde mit den Erhebungen beauftragt war, sich die Mitglieder dieser Schicht jedoch aus naheliegenden Gründen einer Erfassung von dieser Seite, und zwar vielfach mit Erfolg, zu entziehen suchten. Da die Angaben zur Sozialstruktur auf Basis der Berufszählungen erstellt wurden, erscheint der Adel oder die »Aristokratie« hier nicht als eigenständige Schicht; sie dürften überwiegend der als »gehobene Beamtenschaft« bezeichneten Schicht subsumiert worden sein. Vgl. zu den im folgenden nur grob skizzierten methodischen Problemen ausführlich meine Habilitationsschrift: »Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution«, Kapitel I. 1, (Ms.) Berlin Nov. 1994. Bei dem vorliegenden Aufsatz handelt es sich um die überarbeitete Fassung eines Vortrages, der im Sommer 1993 im Rahmen eines von Prof. Reinhard Rürup geleiteten Colloquiums des Instituts für Geschichtswissenschaften an der TU Berlin gehalten wurde.
- 4 Vgl. vor allem Ernst Dronke, Berlin, 1846 (Reprint Berlin 1987); Friedrich Saß, Berlin in seiner neuesten Zeit und Entwicklung, 1846 (Reprint Berlin 1983).
- 5 Allerdings, darauf kann hier nur hingewiesen werden, war die Revolution 1848 für den Prozeß der Klassenbildung wichtig. Obgleich eine Arbeiterklasse im skizzierten Sinne 1848

- noch gar nicht existierte, beflügelte die Revolution ganz erheblich eine Art Klassenbewußtsein: Statt berufsständischer Abgrenzung formierten sich gemeinsames Bewußtsein, Interessen und gemeinsame Organisationen selbst über die Trennungslinie »Gesellen« und »Arbeiter« hinweg; der Konflikt zwischen Gesellen und Meistern wurde entpersonalisiert. Nicht mehr Beruf und »Gewerk« verbanden, sondern ein zunehmend ähnlicheres Dasein als Arbeitnehmer. Das Berliner »Central-Comité der Arbeiter« trug, ebenso wie später die Arbeiterverbrüderung, bereits deutliche Züge einer Klassenorganisation. Auch im Bewußtsein der Fabrikanten und Meister wurde seit 1848, wie man u. a. am veränderten Sprachverhalten feststellen kann, der Gegensatz zwischen Unternehmern und »arbeitenden Klassen« zum dominierenden Antagonismus (vgl. allgemein hierzu Jürgen Kocka, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1873, Berlin/Bonn 1983, S. 173 ff.).
- 6 Ausführlich hierzu, einschließlich Zahlen: Jürgen Bergmann, Das Berliner Handwerk in den Frühphasen der Industrialisierung, Berlin 1973, S. 203 ff.
 - 7 Das wurde bereits von den zeitgenössischen Statistikern als methodisches Problem thematisiert; vgl. Boeckh, Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme, 4. Abt., S. 4 f. Wie gern sich Unternehmer als »Fabrikanten« bezeichneten, wie wenig jedoch die Struktur ihres Betriebes jedenfalls den heute gängigen Vorstellungen von »Fabrik« entsprach, läßt sich einer Petition entnehmen, die 33 »Maschinenbaufabrikanten« am 31. Januar 1849 an das Deutsche Nationalparlament in Frankfurt richteten, um dort höhere und langfristige Schutzzölle einzufordern: Zwei von ihnen beschäftigten lediglich zwei Arbeiter, zwei weitere fünf Arbeiter (nach: Rüdiger Moldenhauer, Die Petitionen aus der Stadt Berlin an die Deutsche Nationalversammlung 1848/49, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 54/1974, S. 225).
 - 8 Selbst die Maschinenbauer, »eigentlich« der Prototyp des modernen Industriearbeiters, häufig freilich Gesellen metallverarbeitender Berufe, die regelmäßig noch vom Handwerk in die Fabrik und retour wechselten, wiesen bis Mitte 1848 noch deutlich handwerkliche Bewußtseinsstrukturen und Verhaltensmuster auf. In einem »Aufruf an die Bürger Berlins« vom 17. April 1848 z. B. beschworen die »sämtlichen Maschinenbau-Arbeiter« das Bündnis zwischen Bürgern und Arbeitern u. a. mit dem Hinweis, daß »wir ja viele, wohl die Hälfte unter uns haben, welche in einigen Jahren dasselbe sein werden, was Ihr jetzt seid – Bürger und Meister«.
 - 9 1848 standen den ungefähr viertausend männlichen Diensthofen und Hausdienern knapp 20000 weibliche Hausangestellte gegenüber (vgl. Jahrbuch für die amtliche Statistik des Preußischen Staats, hrsg. vom königlichen Statistischen Bureau, 2. Jg./1867, S. 253).
 - 10 Zu den Bewußtseinsstrukturen und Verhaltensmustern eines Teils dieses Subproletariats, den im Berliner Arbeitshaus festgesetzten Bettlern, Prostituierten, »Kleinkriminellen« und Obdachlosen, im Jahre 1848 vgl. auch Rüdiger Hachtmann, »... mißverständene politische Freiheit«. Das Berliner Arbeitshaus im Jahre 1848, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 1992, S. 63–82.
 - 11 Nach der Petition der Berliner Maschinenbaufabrikanten an die Paulskirche vom 31. Januar 1849 (Anm. 7). Mittlere Maschinenbau-Unternehmen waren die Firmen F. Wöhlert mit 380, F. A. Pflug mit 250, F. C. Freund & Co. mit 230, C. Heckmann mit 180 und C. Hoppe mit 150 Arbeitern. Dazu zählte außerdem mindestens noch der Maschinenbaufabrikant Rüdiger, der die Adresse vom Januar 1849 offenbar nicht unterschrieben hatte und Anfang 1848 etwa 150 Arbeitskräfte beschäftigte (nach: Hans-Peter Helbach, Berliner Unternehmer in Vormärz und Revolution 1847–1848, in: Otto Büsch (Hrsg.), Untersuchungen zur Geschichte der frühen Industrialisierung vornehmlich im Wirtschaftsraum Berlin Brandenburg, Berlin 1971, S. 440).
 - 12 Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und steigender sozialer Spannungen hatte die Stadt Berlin bereits im Frühjahr 1847 begonnen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu organisieren. Anfang 1848 beschäftigte der Magistrat etwa vierhundert Erwerbslose auf städtische Kosten. Da der Andrang zu diesen, im übrigen schlecht bezahlten Arbeiten weit größer als die zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze war, vor allem jedoch weil der Funke der Pariser Februar-

revolution auf Berlin überzuspringen drohte, wie die Anfang März in Berlin einsetzenden Protestbewegungen zeigten, beschlossen die Stadtoberen am 16. März, ein städtisches Arbeitsnachweisungsbüro einzurichten und die Zahl der durch die Kommune finanzierten Arbeitsplätze drastisch zu erhöhen. Am gleichen Tag teilte außerdem der Königliche Wegebaumeister mit, daß staatlicherseits weitere Arbeitsplätze für Berliner Erwerbslose geschaffen würden.

- 13 Diese und die folgenden Zahlen nach: Landesarchiv Berlin, Stadtarchiv Berlin (LAB STA) Rep.03, Nr.654 bis 656.
- 14 Angabe für Juni 1848, nach: Wolfgang Häusler, Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung. Demokratie und soziale Frage in der Wiener Revolution von 1848, Wien/München 1979, S.250 f.; vgl. ferner Rüdiger Hachtmann, Die sozialen Unterschichten in der großstädtischen Revolution von 1848 (Berlin, Wien und Paris im Vergleich), in: Ilja Miecek, Horst Möller, Jürgen Voss (Hrsg.), Paris und Berlin in der Revolution 1848, Sigmaringen 1995, S. [20 ff.].
- 15 In der zweiten Märzhälfte und im April suchten knapp fünfhundert Frauen beim städtischen Arbeitsnachweisungsbüro um Arbeit nach. Lediglich zehn bis zwanzig Prozent von ihnen konnten Arbeitsstellen vermittelt werden (überwiegend in private Haushalte) – mit sinkender Tendenz. Angesichts dieser niedrigen Vermittlungsquote werden sich in der Folgezeit bei dieser Frühform eines Arbeitsamtes weitere Frauen kaum mehr gemeldet haben; Angaben für die Folgezeit liegen jedenfalls nicht vor. Zur registrierten kam die nicht-registrierte, »unsichtbare« Arbeitslosigkeit, die aus verschiedenen Gründen, die hier nicht diskutiert werden können, bei Frauen weit höher lag als bei Männern.
- 16 Im Preußenverein waren darüber hinaus Angestellte/Privatbeamte mit 6,5 Prozent überdurchschnittlich vertreten. Übrige: Rentiers, Gastwirte und nicht kategorisierbare Personen. Alle Angaben nach: »Locomotive« vom 7. August 1848; Wolfgang Schwentker, Konservative Vereine und Revolution in Preußen 1848/49. Die Konstituierung des Konservatismus als Partei, Düsseldorf 1988, S. 169. Zur sozialen Zusammensetzung der Gründungs- und Vorstandsmitglieder des Konstitutionellen Klubs und der demokratischen Vereine vgl. Hachtmann, Berlin 1848, III.4 und VI.5.
- 17 In: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA) Rep.77, Tit.662, Nr. 1, Bd. 1, Bl.86 und 120 f. bzw. Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep.30, Tit.94, Nr. 14377, Bl. 28 Rs.
- 18 Bericht des Berliner Polizeipräsidenten an den preußischen Innenminister vom 20. Juli 1848, in: GStA Rep.77, Tit.501, Nr.3, Bd.3, Bl.85 bzw. BLHA, ebd., Bl.4 u.Rs.
- 19 Hinzu kam, daß die Kämpfe des 18. März überwiegend in »gutbürgerlichen« Gegenden stattfanden; die meisten der getöteten oder verletzten Bürger waren an den Auseinandersetzungen unmittelbar nicht beteiligt. Auch manche der vom Militär gefangengenommenen und am 19. März nach Spandau abgeführten Bürger und Kleinbürger beteuerten, nicht aktiv in den Aufstand involviert gewesen zu sein. Vgl. Ruth Hoppe, Jürgen Kuczynski, Eine Berufs- bzw. auch Schichten- und Klassenanalyse der Märzgefallenen in Berlin, in: Jahrbuch für Geschichte Bd.4/1964, S.200–276; Albert Roerdanz (Hrsg.), Gefangene Berliner auf dem Transport nach Spandau am Morgen des 19. März 1848. Protocollarische Aussagen und eigene Berichte von 91 Beteiligten als Beitrag zur Geschichte der Berliner März kämpfer, Berlin 1848 sowie (um weitere Daten ergänzt): Hachtmann, Berlin 1848, Kapitel III.1, bes. Tabelle 6 und 7.
- 20 Darüber hinaus spielten Konfession und spezifisch sozial-kultureller Hintergrund eine wichtige Rolle: Von den zahlreichen, politisch aktiven Berliner Juden engagierten sich die meisten in der demokratischen Bewegung. Ein wichtiger Grund hierfür war, daß die Demokraten den Forderungen nach Gleichheit und Freiheit aller (männlichen) Staatsbürger und damit auch der vollständigen Emanzipation der Juden ohne Wenn und Aber zum Durchbruch verhelfen wollten. Im Gegensatz zu ihnen nahmen die Liberalen taktische Rücksichten auf antijüdische »Vorbehalte« der Krone; in Teilen namentlich des konservativen Bürgertums und Mittelstands blieben judenfeindliche Vorbehalte auch im Revolutionsjahr erhalten. Im Unterschied zu den politisch aktiven Juden blieben in der stark (wirtschafts-)bürgerlich geprägten jüdi-

- schen *Gesamtb*evölkerung – etwa zwei Prozent sämtlicher Berliner Einwohner – konservativ-loyalistische Positionen dominant. Vgl. ausführlich hierzu: Rüdiger Hachtmann, *Berliner Juden und die Revolution von 1848*, in: Reinhard Rürup (Hrsg.), *Jüdische Geschichte in Berlin. Essays und Studien*, Berlin 1995, S. 53–84, bes. S. 59 f., 65 ff.
- 21 Zu den Forderungen der Berliner Ärztebewegung vgl. vor allem Kurt Finkenrath, *Die Medizinalreform. Geschichte der ersten deutschen ärztlichen Standesbewegung von 1800–1850*, Leipzig 1929, S. 39–51; ferner Claudia Huerkamp, *Der Aufstieg der Ärzte im 19. Jahrhundert. Vom gelehrten Stand zum professionellen Experten: Das Beispiel Preußens*, Göttingen 1985, S. 243. Zum wichtigsten Vertreter der demokratischen Ärztebewegung vgl. Christian Andree, Rudolf Virchow, in: Wilhelm Treue, Rolf Winau (Hrsg.), *Berlinische Lebensbilder*, Bd. 2: *Mediziner*, Berlin 1987, S. 181 ff.
 - 22 Vgl. Carl Louis Albert Pretzel, *Geschichte des deutschen Lehrervereins in den ersten fünfzig Jahren seines Bestehens*, Leipzig 1921, S. 31–34; ferner Franzjörg Baumgart, *Zwischen Reform und Reaktion. Preußische Schulpolitik 1806–1859*, Darmstadt 1990, S. 158 f., 161; ders., *Lehrer und Lehrervereine während der Revolution von 1848/49*, in: *Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Beispiele aus der Sozialgeschichte der Neuzeit. Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag*, Göttingen 1982, S. 177 f.; Frank-Michael Kuhleemann, *Modernisierung und Disziplinierung. Sozialgeschichte des preußischen Volksschulwesens 1794–1872*, Göttingen 1992, S. 328–331; Anthony J. LaVopa, *Prussian Schoolteachers. Profession and Office 1763–1848*, Chapel Hill 1980, S. 121, 151 f. Die Berliner Tagespresse des Jahres 1848 enthält zahlreiche Berichte über die Ärzte- und Lehrerbewegung, die – über die genannten, eher summarischen Darstellungen hinaus – eine präzise Rekonstruktion der Binnenstruktur beider Reformbewegungen erlauben.
 - 23 Vgl. vor allem Max Lenz, *Geschichte der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin*, Bd. 2.2: *Auf dem Wege zur deutschen Einheit im neuen Reich*, Halle a. d. S. 1918, S. 258–276.
 - 24 Engagierte Demokraten wie die Staatsanwälte Julius von Kirchmann und Jodocus Temme oder der Obertribunalrat Benedikt Waldeck waren prominente Ausnahmen.
 - 25 Beschluß der KKB zu No. 383 vom 12. Mai 1848, in: *LAB STA Rep.* 200-01, Nr. 348, Bl. 3. Zur KKB vgl. vor allem Hartmut Kaelble, *Berliner Unternehmer während der frühen Industrialisierung. Herkunft, sozialer Status und politischer Einfluß*, Berlin/New York 1972, S. 196–216.
 - 26 Fanny Lewald, *Erinnerungen aus dem Jahre 1848*, Bd. II, Braunschweig 1850, S. 16 f.
 - 27 Nach: Adolf Wolff, *Berliner Revolutionschronik. Darstellung der Berliner Bewegungen im Jahre 1848*, 3 Bde., Berlin 1851–1854, hier: Bd. I, S. 289.
 - 28 (Anonym), *Personen und Zustände Berlins seit dem 18. März 1848. Ein Beitrag zur künftigen Geschichte Preußens*, Leipzig 1849, S. 7.
 - 29 Von den insgesamt 36 Bürgerwehr-Majoren bzw. -Hauptmännern, deren Berufe bekannt sind, gehörten 29 oder gut 80 Prozent dem Bürgertum an; von diesen waren neun (25 Prozent) dem Wirtschaftsbürgertum und zehn (28 Prozent) der gehobenen staatlichen oder kommunalen Beamtschaft zuzuordnen. Weitere sechs (17 Prozent) waren Offiziere der Armee, der Polizei oder der Landwehr.
 - 30 Ausführlich zur Bürgerwehr: Hachtmann, *Berlin 1848*, bes. Kapitel III.2 und VII.3.
 - 31 *LAB STA Rep.* 00-02/1, Nr. 777. Zur Petitionsbewegung der Handwerksmeister und Einzelhändler vgl. Hachtmann, *Berlin 1848*, Kapitel IV.4.
 - 32 Eingabe der Berliner Seidenwirker-Gesellen an das preußische Innen- und Finanzministerium vom 2. April 1848, in: *LAB STA Rep.* 16, Nr. 67, Bd. IV, Bl. 96 ff. Gepaart waren solcherart Hoffnungen auf einen gütigen Landesvater vielfach mit naiven Formen der Volksfrömmigkeit und harscher Kritik an den städtischen wie staatlichen Behörden, den – wie es häufig hieß – »schlechten Ratgebern« des guten Königs.
 - 33 Der Vortrag findet sich im Wortlaut in der dem Handwerkerverein nahestehenden »Deutschen Arbeiter-Zeitung« (*DARz*) vom 12. April 1848.

- 34 Auf das hier gleichfalls anklingende Konzept der Nationalwerkstätten bzw. Produktionsgenossenschaften kann ich im Rahmen dieses Aufsatzes nicht eingehen. Hingewiesen sei lediglich darauf, daß die unter den Berliner Gesellen 1848 weit verbreitete Forderung nach Einrichtung von Nationalwerkstätten und Produktionsgenossenschaften nicht erst seit der Pariser Februarrevolution, sondern schon vorher in den Berliner Unterschichten zirkulierte; frühsozialistische Konzepte etwa eines Louis Blancs, die die Idee der Nationalwerkstätten theoretisch zu begründen suchten, wurden in kleineren Kreisen der Berliner Gesellschaft bereits während des Vormärz diskutiert.
- 35 Stephan Born, Erinnerungen eines Achtundvierzigers, Leipzig 1898, S. 23.
- 36 Ausführlich Auskunft über Gerichtsverfahren wegen Majestätsbeleidigung und andere politische Prozesse gegen Unterschichtsangehörige gab im Jahre 1848 die Berliner Gerichtszeitung »Der Publicist«. Die in dieser Zeitschrift referierten, zum Teil auch im Wortlaut wiedergegebenen Vernehmungprotokolle und Urteilsbegründungen stellen allerdings nur die Spitze eines Eisberges dar. Denn Denunziationen der Polizei oder dem Staatsanwalt gegenüber waren innerhalb der Unterschichten diskreditiert und wurden nicht selten handgreiflich geahndet.
- 37 Die meisten der Petitionen finden sich in den Beständen des Berliner Magistrats (Gewerbe-Deputation bzw. »Deputation zur Beratung über das Wohl der arbeitenden Klassen«). Andere wurden zum Teil in der Tagespresse, zum Teil in den einschlägigen Zeitschriften – vor allem der DARZ – veröffentlicht. Ausführlich zu dieser Petitionsbewegung, zum Organisationsverhalten und zu den Arbeitsniederlegungen der Berliner Gesellen und Arbeiter: Hachtmann, Berlin 1848, Kapitel IV.4.
- 38 Zitate: »Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen« (Vossische Zeitung) vom 13. und 15. April 1848. Zur Typologie traditioneller Gesellenstreiks und -proteste vgl. den Überblick bei Jürgen Kocka, Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800, Bonn 1990, S. 180 ff. Zu den Streiks in Berlin 1848 vgl. die (allerdings nicht ganz vollständige) Liste bei Elisabeth Todt, Hans Radandt, Zur Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1800–1849, Berlin 1950, S. 200–207. Daß insgesamt freilich die Trennung in »moderne« und vormoderne Streiks nicht so scharf war, wie häufig angenommen, hat unlängst Reinhold Reith, Lohn- und Kostkonflikte im deutschen Handwerk des 18. Jahrhunderts, in: Manfred Gailus, Heinrich Volkmann (Hrsg.), Der Kampf ums tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990, Opladen 1994, S. 85–106, herausgearbeitet.
- 39 Nach der von Born hg. Zeitschrift »Das Volk« vom 10. Juni 1848. Zu Born vgl. vor allem die vorzügliche Biographie von Franziska Rogger, »Wir helfen uns selbst!« Die kollektive Selbsthilfe der Arbeiterverbrüderung 1848/49 und die individuelle Selbsthilfe Stephan Borns – Borns Leben, Entwicklung und seine Rezeption der zeitgenössischen Lehren, Erlangen 1986.
- 40 Zu den Produktions- und Konsumgenossenschaften der Berliner Arbeiterverbrüderung vgl. Eduard Bernstein, Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. I: Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes, Berlin 1907, S. 82 ff.; Frolinde Balsler, Sozial-Demokratie 1848/49–1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation »Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung« nach der Revolution, Bd. 2: Quellen, Stuttgart 1962, S. 616 ff.; Kurt Wernicke, Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Berlin 1978, S. 232 f.
- 41 Vgl. Oscar Lewis, The Culture of Poverty, in: John TePaske, Sydney Nettleton Fisher (Hrsg.), Explosive Forces in Latin America, Columbus/Ohio 1964, S. 149–173; ders., Die Kinder von Sanchez. Selbstporträt einer mexikanischen Familie, Düsseldorf/Wien 1963 (Einleitung, S. 9–33); zur Kritik an dem Lewisschen Konzept, von ihm für die städtischen Elendsquartiere Lateinamerikas in der Mitte des 20. Jahrhunderts entwickelt, vgl. Günther Albrecht, Die »Subkultur der Armut« und die Entwicklungsproblematik, in: René König (Hrsg.), Aspekte der Entwicklungssoziologie, Köln/Opladen 1969, S. 430–471.

- 42 Der Begriff »Kultur der Armut«, hier mangels eines besseren Terminus benutzt, ist aus mehreren Gründen angreifbar. Ein Problem des Kultur-Begriffes liegt darin, daß er zeitliche Konstanz unterstellt, mit »Kultur der Armut« jedoch ein Phänomen des sozialökonomischen *Überganges* gemeint ist. Aus dem gleichen Grund ist »Kultur der Armut« auch nicht mit dem Begriff »*Volkskultur*« in seiner üblichen Definition gleichzusetzen. Während »*Volkskultur*« in erster Linie auf seßhafte (meist deshalb auch ländliche) Unterschichten zielt und eine zumindest relative Dauerhaftigkeit der »Kultur« dieser Schichten (bis hin zur Zeitlosigkeit) unterstellt wird, ist die »Kultur der Armut« als Phänomen des Übergangs von der vor- zur früh- und hochindustriellen Gesellschaft *zeitlich* per definitionem *begrenzt*. Im Gegensatz zu den Trägern der »*Volkskultur*« sind die Träger der »Kultur der Armut« *entwurzelt*. Letztere waren in der Regel in die rasant expandierenden Großstädte *zugewandert*. Zum Zeitpunkt der Revolution war mehr als die Hälfte der Einwohnerschaft Berlins nicht in dieser Stadt geboren. Da die zugewanderten Berliner weit überwiegend »Proletarier« im oben definierten Sinne waren und teils unterständischen Schichten der vorindustriellen Städte, teils seßhaften, ländlichen und schließlich vagierenden Bevölkerungsgruppen entstammten, finden sich natürlich auch in der »Kultur der Armut«, wie sie hier definiert wurde, Elemente traditioneller, vorindustrieller »*Volkskultur*«. Eine weitere Bemerkung: Obgleich eigentlich ein Phänomen des Umbruchs bzw. Übergangs, haben sich die wesentlichen Elemente der »Kultur der Armut«, wie sie hier für 1848 skizziert werden, in den randständigen, zahlenmäßig gleichwohl bedeutsamen Schichten des modernen Industrieproletariats bis weit ins 20. Jahrhundert erhalten; vgl. hierzu vor allem den Aufsatz von Michael Grütner, *Kultur der Armut. Mobile Arbeiter während der Industrialisierung*, in: *Soziale Bewegungen. Geschichte und Theorie*, Jahrbuch 3, Frankfurt/New York 1987, S. 12–32; diesem Aufsatz verdanke ich eine Reihe wichtiger Anregungen.
- 43 Adolf Glaßbrenner, Berliner Eckensteher, in: ders., *Unterrichtung der Nation. Ausgewählte Werke und Briefe in drei Bänden*, hrsg. von Horst Denkler u. a., Frankfurt a. M. 1982, S. 56 ff.
- 44 Norbert Elias, *Über den Prozeß der Zivilisation*, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1976, S. 224. Daß gerade im Vormärz die proletarische im Gegensatz zur bürgerlichen Scham- und Peinlichkeitsschwelle ausgesprochen niedrig war, geht aus den Schilderungen sozialkritischer, bürgerlicher Berliner Zeitgenossen anschaulich hervor; vgl. etwa F. Saß, *Berlin*, S. 20 f.; E. Dronke, *Berlin* S. 33 (wie Anm. 4).
- 45 Vgl. Dieter Vorsteher, Borsig. Eisengießerei und Maschinenbauanstalt zu Berlin, *Berlin* 1983, S. 63 f. Zwar besaßen die Arbeiter selbst keine oder jedenfalls keine genau gehenden Uhren. Unpünktlichkeit war jedoch nicht ein nur technisches Problem. Arbeiter kamen nicht allein zum Arbeitsbeginn zu spät; sie dehnten auch gern ihre Pausen über Gebühr aus oder packten ihre Sachen und verließen den Betrieb, obwohl Glocken oder Sirenen noch keineswegs den Arbeitsschluß angezeigt hatten. Nicht nur Borsig, sondern im Prinzip alle frühindustriellen Unternehmer hatten mit diesem Problem zu kämpfen und suchten ihren Belegschaften Pünktlichkeit und Zeitdisziplin einzutrichtern. Vgl. hierzu Alf Lütke, *Arbeitsbeginn, Arbeitspausen, Arbeitsende. Skizzen zur Bedürfnisbefriedigung und Industriearbeit im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, in: ders., *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Hamburg 1993, S. 88 f.
- 46 Vgl. hierzu sowie zu den Wurzeln dieses Verhaltens den allgemeinen Überblick bei Dirk Blasius, *Kriminalität und Alltag. Zur Konfliktgeschichte des Alltagslebens im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1978.
- 47 Die Ausnahme war die Zerstörung einer Dampfmaschine zur Abschöpfung von Wasser auf dem Köpenicker Feld am 12. Oktober 1848. Die blutigen Auseinandersetzungen in Berlin vier Tage später wurden von der konservativ-bürgerlichen Öffentlichkeit zwar den Erdarbeitern in die Schuhe geschoben; tatsächlich jedoch wurden sie durch »*Mißverständnisse*« und provokatives Verhalten seitens der Bürgerwehr ausgelöst. Zu beiden Vorfällen vgl. Manfred Gailus, *Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berück-*

sichtigung Preußens 1847–1849, Göttingen 1990, S. 386 ff. Ausführlich zu den Berliner Erdarbeitern: ebd., S. 376–391. Bei Gailus schlägt freilich die negative in eine positive Mystifizierung um, wenn er die »Rehberger« zum Kern »plebejisch-proletarischer Straßenmacht« erklärt.

- 48 »Das Volk« vom 6. Juli 1848.
- 49 Diese Feststellung muß allerdings nach zwei Seiten hin differenziert werden: Zum einen reagierten die Bürger je nach Schichtzugehörigkeit in der oben skizzierten Weise unterschiedlich. Zum anderen betonten Born und seine Freunde zwar immer wieder, daß die Gründung der neuen Arbeiterorganisationen keine Infragestellung der bestehenden Eigentumsverhältnisse impliziere. Zugleich jedoch setzte er in seiner Zeitschrift »Das Volk« unzweideutig sozialistische Akzente und brachte damit zum Ausdruck, daß er eine sozialstaatlich gebundene, auf individuellem Eigentum basierende Marktwirtschaft nur als »Nahziel«, eine sozialistische Umwälzung der bestehenden bzw. in den vierziger Jahren erst entstehenden Eigentumsverhältnisse als langfristige Perspektive vor Augen hatte.
- 50 »Das Volk« vom 3. Juni 1848.
- 51 Manfred Hettling, Bürgertum und Revolution – ein Widerspruch, in: Hans-Jürgen Puhle (Hrsg.), Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit. Wirtschaft – Politik – Kultur, Göttingen 1991, S. 221.
- 52 Werner Conze, Vom »Pöbel« zum »Proletariat«. Sozialgeschichtliche Voraussetzungen für den Sozialismus in Deutschland, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Bd. 41/1954, S. 333 bzw. Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1970, S. 111.
- 53 M. Gailus, Straße und Brot (wie Anm. 47), S. 516.
- 54 Zitate aus: Stephan Born, Die Moralischen und die Unmoralischen, die Freien und die Despoten, in: »Das Volk« vom 3. Juni 1848, sowie aus dem von Born formulierten Programm des Central-Comités der Arbeiter vom 20. April 1848, in: DARZ vom 22. April 1848; in Auszügen auch in: Wolff, Berliner Revolutionschronik, Bd. II, S. 147.